

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 23. November 1922.

Nr. 275.

„Geistesabwehrtampf“.

Nun weiß man es, worum es bei dem Prager Studentenstreik geht: um eine „Idee“, eine „Sache“, kurz um einen — „Geistesabwehrtampf“. So hat es der deutschgelbe Abgeordnete Bagel im Abgeordnetenhaus verkündet und der Chor der deutschgelben Sängerknaben stimmt in ihrer Presse daselbe Lied an. Zwischen den streikenden Studenten und den Deutschgelben zeigt sich überhaupt die schönste Geistesharmonie. Während sich sogar die deutschnationalen Abgeordneten und Zeitungen gegenüber dem, das Deutschtum schwer schädigenden Gehaben der „arischen“ Studenten eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, hat Herr Bagel im Namen seiner Partei erklärt, daß sie ihre Beweggründe durchaus billige, wobei er dem „mutigen Bekenntern der akademischen Bürger“ begeistertes Lob spendete. Und im deutschgelben „Tag“ dankt sich Land. phil. N. B. den deutschgelben Hafenkreuzlern für die Uebereinstimmung mit dem Vorgehen der studentischen Deutschcharier, von dem er behauptet, daß es den stumpfsinnigen deutschen Spießhörn die Arie schlottern macht, und „in die hierdeutsche Mauldreiferei eine beängstigende Tat gesetzt“ habe.

Die studentischen Arrangeure des Straßens an der Prager Universität bilden sich also allen Ernstes ein, daß sie das Heft der deutschen Politik in Händen haben, ihre Richtung und ihren Geist zu bestimmen berufen sind und nicht nur den „deutschen Charakter der Hochschulen“, sondern den „deutschen Geist“ schlechthin zu hüten die Mission haben. Sie erteilen daher sogar den Deutschnationalen, die sie der „hierdeutschen Freigheit“ bezichtigen, scharfe Zensuren, weil diesen vor den möglichen Folgen der Dummejungentat der deutschcharischen Studenten bange zu werden beginnt. Da die jungen Herrchen aus ihrer Zugehörigkeit zu den deutschpöplischen Parteien die Meinung gewonnen haben, daß zur Politik ein großes Maul gehört, haben sie gleich zu Beginn des Streiks den Mund recht vollgenommen und behauptet, die „deutsche Heimat“ blide auf sie, daher müsse bis zum Siege ausgeharrt werden. Nun zeigt es die deutsche Heimat den studentischen Hafenkreuzlern ganz deutlich, daß sie von ihrem Vukensstreich nichts wissen will und der „Tag“ muß selber eingestehen, daß die Streikenden „von ihrer Heimat verlassen“ sind, aber das hindert sie doch nicht, die Kämpfer für den „deutschen Geist“ weiter zu nennen. Der deutsche Geist! Es wäre schon um ihn bestellt, wenn die Korpsstudenten, Freischarler und Zinken von der Prager Universität wirklich seine Vertreter wären! Der deutsche Geist! Wie können sie glauben, in den unreifen, von billigen nationalistischen Zeitungs-, Verammlungs- und Kommentarpapieren berauschten Köpfen der deutschcharischen Studentenschar lebe auch nur ein Funken dieses Geistes! Einst war die deutsche Studentenschaft die Trägerin des freiheitlichen Gedankens, heute glüht ihr Herz dem Hafenkreuz, dem Symbol der monarchistischen Reaktion entgegen, sie verbünden sich mit den Reichsitalen, die sie einst aufs schärfste bekämpften und entblöden sich nicht einmal — alles im Zeichen der Rettung des Deutschtums — in die Reaktionen der tschechoslowakischen Zeitungen zu laufen, um zu ihrem „Kampfe“ deren freundliches Wohlwollen zu erziehen. Es geht um ein hehres Prinzip, rufen sie, welches hehre Prinzip also lautet: „Nieder mit den Juden!“ Das ist das Schlagwort, das ihre Pulse höher schlagen macht, das sie in ihrer armseligen Geistesbeschaffenheit erhebt, und für das sie — unfähig zu erkennen, daß sie in ihrer politischen Unwissenheit damit für reaktionäre Zwecke mißbraucht werden — in Begeisterung erglühen. Daß die infantilen „Deutschcharier“ mit ihrer bornierten Parole für den deutschen Geist zu kämpfen vorgeben, ist am allerwenigsten eine Rechtfertigung für sie. Auch die Stern und Fächer waren dieser Parole gefolgt, als sie Rathenau mit der Maschinengewehrpistole „erledigten“, worauf sie hingingen, um den Mord bei einigen Flaschen Champagner zu feiern. Das soll, „ihr dummen Jungen“, deutscher Geist sein, daß ihr das Beispiel, wenn

Die neue deutsche Regierung.

Berlin, 22. November. (Wolff.) Der Reichspräsident hat heute abends Geheimrat Dr. Cuno zum Reichskanzler ernannt. Die Ministerliste lautet, wie folgt: Reichsjustizminister Dr. Heine, Mitglied des Reichstages, Reichswirtschaftsminister Becker-Dejesen, Mitglied des Reichstages, Reichsarbeitsminister Dr. Braun, Mitglied des Reichstages, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Müller (Pean), Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Reichsjustizminister Dr. Albert (Staatssekretär z. D.), Reichswärminister Dr. Gehler, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichspostminister Stingl (Staatssekretär der Abteilung München des Reichspostministeriums).

Berlin, 22. November. (Wolff.) Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Mitglied des preussischen Landtages Herr Deser, ist zum Reichsminister des Innern ernannt worden. Heute nachmittags fand eine gemeinsame Sitzung des alten und neuen Kabinetts statt, wobei die Geschäfte übergeben wurden. Im Anschluß daran hielt das Kabinett Cuno seine erste Sitzung ab. Die neue Regierung wird sich voraussichtlich Frei-

tag um 2 Uhr dem Reichstag vorstellen. Noch anbelehrt sind die Posten des Vizekanzlers und des Wiederaufbauministers.

Berlin, 22. November. (Eigenbericht.) Trophem gestern in später Nachstunde die amtliche Ministerliste bekanntgegeben wurde, ist die Regierung heute noch unvollständig. Auch diese unvollständige Kabinettsbildung wäre Cuno kaum gelungen, wenn sich nicht Reichspräsident Ebert lebhaft für das Zustandekommen des Kabinetts Cuno eingesetzt hätte. Es darf nicht verschwiegen werden, daß sich Genosse Ebert dadurch in scharfen Widerspruch zur Partei setzt. Seine augenblickliche Handlungsweise läßt sich nur so verstehen, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einer Veenbignung der Arie sich verpflichtet fühlte. Aus den Verhandlungen über die Kabinettsbildung wird bekannt, daß alle Männer, die noch etwas an Namen und Ruf zu verlieren haben, sich weigerten, in dem Kabinett mitzuwirken.

Berlin, 22. November. (Wolff.) Zum Minister des auswärtigen Amtes wurde der bisherige Gesandte in Kopenhagen von Rosenbergs ernannt.

Italiens Forderungen im Osten.

Paris, 21. November. Bekanntlich war zwischen Voiccare und Lord Curzon eine Verständigung über die Tragweite ihrer Abmachungen in Paris am Samstag erzielt worden. Mussolini hat seinerseits Wert darauf gelegt, sich in aller Freizheit hierzu auszusprechen. Er hat dies ohne Umschweife getan, wie es seine Art ist. Darnach erkennt der Vertrag von Sevres Italien nicht jene Vorteile zu, die es erwartet hat. So sei zum Beispiel Frankreich das Mandat über Syrien übertragen worden und England dasjenige über Palästina. Zum Ausgleich für diese territorialen Vorteile

möchte Mussolini, daß Italien wirtschaftliche Vorteile erhalte, über die er anscheinend keine bestimmten Angaben gemacht hat. Die sollen die italienische Einflußsphäre in Kleinasien ergeben, die ihm ursprünglich im Vertrage von Sevres zugesprochen wurde. Was die Inseln des Ägäischen Meeres angeht, die auf Grund eines interalliierten Beschlusses der Türkei zurückverträt werden sollen, so scheint es, daß der italienische Ministerpräsident, ohne daß er sich hierin bestimmt geäußert hätte, sie für Italien verlangen will.

auch auf unblutige Art, nachzuzahlen sucht, indem ihr einen Mann, der still und einsig im Dienste der deutschen Kultur seine Geschlechtsarbeit leistet, „zur Strecke bringen“ wolle, bloß deshalb, weil er ein Jude ist? Ihr behauptet, nur die Juden seien am Unglück des deutschen Volkes schuld, als wären die Berchtold, Bethmann, Michaelis und die anderen Staatsmänner, die es in den Sumpf geführt haben, lauter Juden! Wenn euch das Wort „Gewissen“ nicht so fremd wäre, wie irgend ein chinesisches Wort, ihr mühtet über euer Treiben, durch das ihr den deutschen Geist zu schätzen vorgebet, vor Scham rot werden!

Aber wenn auch die deutschcharischen Studenten den Milderungsgrund des Infantilismus und der politischen Ignoranz für sich haben, so werden die deutschnationalen Parteien und jener Teil der Professoren, deren Intrigenspiel den Studentenstreik angezettelt hat, diese Milderungsgründe wohl kaum für sich geltend machen können. Sie müssen sich bewußt sein, daß schon die politischen und nationalen Folgen des studentischen Abenteuerstreiches für die deutsche Bevölkerung verhängnisvoll genug sind, von den materiellen, die sich für die gesamte Studentenschaft ergeben können, gar nicht zu sprechen. Niemand wird so naiv sein, zu glauben, die „christlich-germanische“ Studentenschaft hätte ihr Unternehmen auf eigene Faust unternommen und sie würde es fortführen, ohne die heimliche und offene Förderung eines Teiles der Professoren und des akademischen Senates, welche Herren man sogar mit Namen nennen könnte. Ebensovienig wie diese Professoren, werden auch jene deutschbürgerlichen Parteien, welche, sei es durch Schweigen oder durch die Propaganda ihrer Presse, dem Terror der Studenten die Mauer machen, der Verantwortung für alle drohenden Folgen entgehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es in ihrer Macht liegt, die Studenten abzuschreiben und ihrem törichtem, mutwil-

Der bayerische Faschismus.

Die Debatten des bayerischen Landtages über die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten und über den Fischenbachprozeß können als der parlamentarische Ausdruck des bayerischen Nationalsozialismus bezeichnet werden. Die Führer der bayerischen Hafenkreuzler haben selbst einmal in einem vertraulichen Rundschreiben an ihre Parteifreunde erklärt, daß sie auf die Eroberung von parlamentarischen Sigen nicht zu hoffen hätten. Der bayerische Landtag, beziehungsweise seine kerikal-deutschnationale Mehrheit, haben in den letzten Tagen wieder einmal bewiesen, daß die bayerischen Faschisten das gerichtet nötig haben.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten von Auiliing, jede Beeinträchtigung der bayerischen Justiz und Polizeihheit werde ihn auf dem Plage finden, wurde von der reaktionären Mehrheit begrüßt und in provozierender Weise in der Debatte unterfuchen. Praktisch wirkt diese Tendenz sich dahin aus, daß die nationalsozialistische Bewegung wie bisher von jeder Nennung durch die Organe des Staates, der Polizei und der Justiz frei ist. Die Vetenungen des Herrn von Auiliing und seiner parlamentarischen Auftraggeber, gegen jede Forderung der öffentlichen Ordnung vorgehen zu wollen, ihre Mahnungen an die Faschisten sind demgegenüber vollkommen belanglos.

Das zeigte sich sofort einen Tag, nachdem diese Erklärung abgegeben worden war. Unter dem Vorwand eines Landesverratsverfahrens drang die Polizei in die Redaktions- und Geschäftsräume des Organs der B. S. P. D., der „Münchener Post“, ein, durchsuchte alle Papiere und dehnte diese Durchsuchung unter Bruch der Zimmertür auf das Privatbüro des Abg. Auer aus. Anlaß gab hierzu eine Poliz, die die Beschlagnahme eines Waffensagers durch die Genbarmerie meldete. Gleichzeitig wurde dieselbe Prozedur an der in Nürnberg erscheinenden „Frankfurter Tagespost“ vorgenommen, von der diese Poliz übernommen worden war. Die Nummer der „Münchener Post“, die eine Darstellung des Vorgangs brachte, wurde ohne jeden Rechtsgrund von der politischen Polizei, deren Leiter Mitglied der Nationalsozialisten ist, beschlagnahmt. Bei der „Münchener Post“ wurden Papiere mitgenommen, die mit dem Landesverratsverfahren gar nichts zu tun haben. Dem Abgeordneten Auer wurden Papiere weggenommen, die er als Abgeordneter erhalten hatte, was durch die Verfassung ausdrücklich verboten ist.

Damit hat die Aera Auiliing einen verheißungsvollen Anfang genommen. Da die ironische Hoffnung der „Frankfurter Tagespost“, daß gegen die Geheimorganisationen mit derselben Energie eingeschritten werden wird, in Erfüllung gehen wird, kann dahingestellt bleiben. Jeder, der denken kann, weiß, was diese Aktion zu bedeuten hat.

Wer es aber noch nicht gewußt hat, konnte es bei der Behandlung der Interpellation erfahren, die die Vereinigte sozialdemokratische Fraktion über den Fischenbachprozeß eingebracht hatte. Das niederschmetternde Material, das der Abgeordnete Sänger zur Begründung in zweistündiger Rede vortrug, bewies, daß der bayerische Faschismus eine starke Stütze in der bayerischen Justiz hat. Die darauffolgende Debatte bewies, daß die Mehrheit des bayerischen Landtages diesen Zustand als das Ideal einer unparteiischen Rechtsprechung betrachtet.

Die bayerischen Faschisten sind also mit einem ernsthaften Widerstand der Staatsgewalt gegen ihre von Gesetzesübertretungen aller Art fortgesetzte begleitete Langzeit nicht zu fürchten. Ihr einziger kampffähiger Gegner ist die organisierte Arbeiterkraft, die in München gegen ihre „Sturmtruppe“ ebenfalls bewaffnete Formationen gebildet hat, um die Einrichtungen der Arbeiterbewegung, Presse, Gewerkschaften und Genossenschaften vor Angriffen zu schützen.

Die Nationalsozialisten suchen ihre Agitation über Bayern hinaus auszudehnen, doch werden ihre Organisationen in Preußen, Sachsen und Thüringen glatt unterdrückt. Ihre Hoffnungen richten sich auf die ähnlich geartete Bewegung Westböhmens, der sie die Hand zu reichen suchen, indem sie in den Orten des Bayerischen Waldes Ortsgruppen gründen.

Der bayerische Faschismus ist somit eine Gefahr, die sich nicht auf Bayern beschränkt, sondern die in ihrer gewalttätigen Form Boden auch außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle zu finden sucht.

ligen Treiben ein rasches Ende zu machen. Sie wissen, daß es in diesem Streite ein Kompromiß unter keinen Umständen geben kann. Eine Universität, in der eine Minderheit von Studenten, wie sie die Hafenkreuzler an der Prager Universität darstellen, dem akademischen Senat vorzuschreiben dürfte, wen dieser zum Rektor zu wählen hat und wen nicht, hätte das Recht ihres Bestandes verwirkt. Die Deutschcharier nennen ihren Streik einen „Geistesabwehrtampf“, wobei sie versichern, es gehe ihnen weniger um die Person des Rektors Dr. Steinhilber, als vielmehr um die Sache. Nun, eben darum kann und darf an ein Nachgeben nicht gedacht werden. Die Sache, um die es geht, ist: darf ein Teil der Studentenschaft, noch dazu die Minderheit, durch schlimmsten Terror die Leitung der Universität unter sein Diktat bringen, und dürfen die Universitäten zu Bruststätten des reaktionären Geistes, der in einen „deutschen Geist“ umzuwandeln gesucht wird, gemacht werden? So und nicht anders steht die Frage. Die Antwort darauf kann nur ein entschiedenes Nein sein.

Wenn die von keinem Verantwortungsgefühl beschwerten deutschcharischen Studenten den Ernst der Lage nicht zu erkennen vermögen, umso weniger können sich die deutschnationalen Politiker dieser Pflicht entziehen. Die Studenten drohen, wenn am Montag die Vorlesungen wieder aufgenommen werden, unter dem Schutze der „akademischen Freiheit“ die Universität aufs neue zu besetzen. Die Führer der deutschnationalen Parteien werden sich wohl klar machen können, welche Folgen sich für die Universität, die Studentenschaft und damit für sie selber daraus ergeben können. Es wird sich zeigen, ob sie ihre Haltung von der unreifen Studentenpolitik, die der deutschen Politik nachgerade genug Unheil zugefügt hat, bestimmen lassen wollen. Von der Verantwortung dafür würde sie nichts losprechen.

Inland.

Der Fall der Abgeordneten Landa-Stich. Vorgestern fand eine Arbeiterversammlung in Prag statt, die meistens von Kommunisten besucht war und in der die tschechisch-nationalsozialistische Abgeordnete Landa-Stich, die sich, wie wir bereits berichtet haben, in Opposition gegenüber ihrer Parteileitung befindet, sprach. Wie bei der Rede ihres Gesinnungsgenossen Dr. Vrbensky in Brünn kann man auch bei der Rede der Abgeordneten Landa-Stich die Beobachtung machen, daß sie zwar mit der Taktik ihrer eigenen Partei unzufrieden ist, daß sie aber ebenso mit der Taktik der Kommunisten nicht übereinstimmt. Sie behauptet zwar, daß das Jahr 1918 vom Proletariat nicht entsprechend ausgenutzt wurde, sagt aber gleichzeitig, daß die soziale Umwälzung im gegenwärtigen Augenblick eine Unmöglichkeit sei. Sie glaubt an die soziale Revolution, verlangt aber, daß sie ohne Blutvergießen durchgeführt werde. „Wenn wir nicht springen können, müssen wir gemeterweise vorgehen“, sagte sie. Ueber die Verhältnisse in ihrer eigenen Partei führte sie aus, daß nicht die Kommunisten, sondern die bürgerlichen Elemente in der Partei deren Einheit bedrohen. Diejenigen, die mit der Rednerin zusammengehen, werden weiter für die Einheitsfront arbeiten. Die Abgeordnete erklärte, daß sie in der Partei, der sie bisher angehört habe, auch weiterhin bleiben wolle und sprach sich gegen eine Vereinigung der drei sozialistischen Parteien aus. — Der Vorschauausschuß der nationalsozialistischen Partei befand sich in einer Sitzung, dem Auftreten der rebellischen Abgeordneten, ohne jedoch zu einem Beschluß gelangen zu können.

Die Wünsche der Kleinlandwirte. Die Abgeordneten Leibl und Schleichart sprachen am 22. November beim Landwirtschaftsminister Dr. Hodza vor, um einige die Interessen der Kleinlandwirte berührende Fragen zu verhandeln. Zunächst verlangten unsere Genossen eine Vertretung der Kleinlandwirte, resp. unseres Teplitzer Verbandes in den Landeskulturräten, nachdem erst vor wenigen Tagen dem Verband der deutschen Großgrundbesitzer im Landeskulturrat für Böhmen (deutsche Sektion) ein Mandat eingeräumt wurde. Der Minister erwiderte, die Institution der Landeskulturräte sei nur mehr von kurzer Dauer, da an ihre Stellen Landwirtschaftskammern errichtet werden, in denen alle Teile der Landwirtschaft vertreten sein werden. Hierauf wurde die Frage der Entschädigung bei Tierverlusten infolge Viehschau besprochen. Die Genossen Leibl und Schleichart verlangten eine Regelung des Entschädigungsanspruches. Der Minister erwiderte, daß ihm von den 10 Millionen Kronen, welche ihm für solche Zwecke zur Verfügung standen, nurmehr wenig übrig blieb und den Restbetrag wolle er für das Frühjahr reservieren. Er habe die Absicht, eine staatliche Viehvericherung zu schaffen, deren Finanzierung durch Zuschläge nach dem Katastralreinertrag zur Grundsteuer erfolgen soll. Die wahllose Unterstützung bei Viehschäden sei nicht zu halten. Sodann brachten unsere Genossen den empfindlichen Streumangel zur Sprache und ersuchte den Minister auf die Großgrundbesitzer in der Richtung hin einen Druck auszuüben, daß diese aus ihren Faltungen Streu den Kleinlandwirten überlassen. Minister Dr. Hodza erwiderte, er tue das möglichste, und lade gewisse Leute persönlich vor, um auf sie einzuwirken. Aus Entwürfen bekamen die Interessenten auf seinen Auftrag chuedes Ziren.

Die Regierungsvorlage über die Arbeitsvermittlungsgesetze war Gegenstand der Verhandlungen der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses. Ueber die Vorlage referierte Abg. Kasil, dann sprach Abg. Dr. Matoušek, welcher die Ablehnung der Vorlage von der Tagesordnung wünschte und sich gegen die Absicht der Vorlage wandte, die Unternehmer durch die Reform der Arbeitsvermittlung zu belasten. Abg. Genosse Taub erklärte, daß der Budgetausschuß die ihm unterbreiteten Vorlagen nach jeder Richtung hin zu überprüfen habe und konstatierte, daß heute Dr. Matoušek dieser Meinung beigetreten ist, während seine Partei bisher immer den Standpunkt eingenommen hat, daß der Budgetausschuß die Vorlagen nur daraufhin zu überprüfen habe, soweit durch sie die Staatsfinanzen berührt werden. Die Vorlage ist vor mehr als 1 1/2 Jahren ins Haus gekommen und im sozialpolitischen Ausschusse hat schon im Vorhinein eine gründliche Beratung stattgefunden. Das zeigt, wie schwer es ist, Vorlagen sozialpolitischer Natur in diesem Hause Gesetz werden zu lassen. Die Vorlage macht den Arbeitgebern Konzeßion, sie belastet sie nicht, denn die Arbeitgeber haben bisher schon für die Arbeitsvermittlung die Kosten mittragen müssen. Es ist sicher, daß die wirtschaftlichen Schwachen, die Arbeiter, durch die Arbeitsvermittlung nicht belastet werden dürfen. Abg. Genosse Taub verlangte, daß in die Debatte eingegangen wird. Dr. Matoušek zog seinen Antrag auf Ablehnung von der Tagesordnung zurück. Nach kurzer Debatte wurde jedoch die Verhandlung dieser Vorlage vom Vorsitzenden Braček von der Tagesordnung abgesehen, da übereinstimmende Ansichten über verschiedene Paragraphen der Vorlage nicht zu erreichen waren.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Abrechnung mit den Hakenkreuz-Akademikern.

Gestern abends togte im großen Urania-Saal des Deutschen Handwerkervereins in Prag eine öffentliche Volksversammlung, die unter der Parole „Gegen die Reaktion — gegen das Hakenkreuzlerium“ einberufen worden war. Der große Saal war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, die Hörer standen außerdem noch dichtgedrängt im anschließenden kleinen Saale und auf der Galerie.

Vorweg sei gesagt, daß sich diese Versammlung zu einer scharfen Abrechnung mit dem akademischen Hakenkreuzlerium, mit den Prager Orgesch-Studenten, mit dem so wenig mannhaften akademischen Senat, mit den politischen Drahtziehern des Angriffes auf die Universität und mit der internationalen Reaktion gestaltete.

Um halb 9 Uhr — für diese Stunde war der Beginn der Versammlung angesetzt — strömten die Massen in einem Zuge in den Saal. Dann wurde sofort das Präsidium gewählt. Den Vorsitz führte Genosse Dr. Strauß, zu seinem Stellvertreter wurden die Genossen Dreuer und Deutsch, zu Schriftführern die Genossen Schönfelder und stud. nat. Krenmel gewählt. Der Vorsitzende erteilte hierauf dem ersten Referenten, Senator Genosse Prof. Doktor Wichowski, das Wort, der bei seinem Erscheinen auf der Rednertribüne mit stürmischem, nicht endemwollenden Beifall begrüßt wurde. Raum hat Genosse Wichowski zu sprechen begonnen, — seine Rede wollen wir morgen in einem ausführlichen Auszug wiedergeben — als sich im Saale schon eine Bewegung bemerkbar machte, die von den rings verteilten Anhängern der streikenden Studentenschaft ausging. Von den etwa 1500 randalierenden Prager Orgesch-Akademikern hatten nur etwa 50 oder 60 den Mut gebracht, sich der Abrechnung zu stellen, welche ihnen die sozialdemokratische Partei in öffentlicher Volksversammlung zu bereiten unternahm — und auch tatsächlich bereitete. Ihre lächerlichen Zwischenrufe gingen im tosenden Beifall unter, der die Rede Wichowskis ununterbrochen begleitete. Der Redner legte die reaktionären, antisemitischen Tendenzen des Angriffes auf den jüdischen Rektor bloß, die sich gegen die Schriftfreiheit, gegen den wissenschaftlichen Fortschritt, gegen die Demokratie und gegen den Sozialismus richten. „Der Judenhaß ist keine Weltanschauung, sondern er ist eine Bestialität, die in leyster Konsequenz zum blutigen Mord führt.“ Die Mehrheit der Professoren, die seinerzeit Dr. Steinberg zum Rektor wählte, zeigt sich jämmerlich machtlos und traut sich angesichts der Terrors nicht offen mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit zu treten. Es ist aber notwendig, offen Farbe zu bekennen. Diese Versammlung möge dazu dienen, das Rückgrat derer, die frechtlich gesinnt sind (nämlich von den Professoren der Universität d. Ned.) zu stärken.

Unter stürmischem Applaus verließ Genosse Wichowski das Rednerpult und unter donnerndem Beifall trat Abg. Genosse Hillebrand an seine Stelle. Er begann mit der Schilderung der furchtbaren Verwirklichung des Glorbes der Arbeitlosen in diesem Staate, der uns auch zu einem scharfen nationalen Kampf, vor allem zu einem beispiellosen Kampfe um die Schulen

unseres Volkes zwingt. Und in einer solchen Situation entfesselt eine Minderheit durch Terror und Gewalt einen Kampf an der höchsten Bildungsstätte des deutschen Volkes, weil — der Rektor ein Jude ist. (Den antwortenden Orgesch-Akademikern, die sich erdreisteten, in Zwischenrufen an das Streikrecht der Arbeiter zu erinnern, wurde unter der Entrüstung der ganzen Versammlung vom Genossen Hillebrand eine solche Absuhr zuteil, daß sie geraume Zeit den Mund hielten, sonst wären sie an die frische Luft befördert worden. Die Zwischenrufer, die sich vorflichtigweise zum Teil in der Nähe der Saaltüre aufhielten, wurden später noch mehrmals in unverständlicher Weise zur Ruhe gerufen.) Genosse Hillebrand geißelte dann in scharfen Worten den akademischen Senat, der bis heute nicht den Mut fand, sich offen zu bekennen die studierenden „arischen“ Jünglinge, die die ruhmvolle revolutionäre Vergangenheit der deutschen Studentenschaft schänden. Die Universität, die sie und ihre gleichgesinnten Lehrer als ihr Privateigentum betrachten, ist das Besitztum des ganzen deutschen Volkes. Wiederholten sich am 25. November die empörenden Vorfälle und erleidet dadurch die Hochschule, die Studenten und die deutsche Bevölkerung schweren Schaden, so trifft die Schuld die deutschvölkischen Studenten, den feigherzigen Senat und vor allem die „Führer“ und Bezer, die Deutsche Nationalpartei und die Deutschgelben. Mit der großen Schuld dieser Parteien in der Vorkriegs- und Kriegszeit rechnete dann Genosse Hillebrand ab, deren Haß gegen Demokratie und deren Angst vor dem Sozialismus, deren durcheinander reaktionäre Tendenzen auch die Hauptursache des Angriffes auf die Universität sind. Aber alle diese Angriffe werden geschehen an der Sieghaftigkeit der Sozialdemokratie.

Nachdem sich der Beifallssturm gelegt hatte, sprachen in der hierauf eröffneten Debatte der deutschvölkische Mediziner Langhans, der feststellte, daß er kein Politiker sei, nicht laufe, sondern „nebenbei“ studiere; dann für die „Freie Vereinigung sog. Akademiker“ Weiklopf, der erklärte, daß sich die Studentenschaft gegen einen abermaligen Vorstoß der Hakenkreuzler energig zur Wehre setzen werde, dann ein etwas unklarer Herr Rudolf, stud. jur. Schnabel für die liberale Studentenschaft und schließlich ein geistig bedauernswerter Herr unwesentlichen Namens. In seinem Schlussworte fertigte Genosse Hillebrand die Hakenkreuzler unter tosendem Beifall der Versammelten ab. Eben wollte er seine Ausführungen beenden, als sich einige deutschvölkische Studenten in ihren Provokationen zu übernehmen begannen. Schon schien es zu einem regelrechten Handgemenge zu kommen — da löste die Regierungsvorstellung — um 11 Uhr — die Versammlung auf, zum Glück der „Deutschvölkischen“, die sich sonst blutige Köpfe geholt hätten.

Die Versammlung hat den entschlossenen Willen der Sozialdemokraten gezeigt, die Ansätze der Reaktion auf das erste Bildungsinstitut des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei abzuwehren.

Die tschechischen Schulen in Wien.

Wien, 22. November. Das Tschech. B. berichtet: Der Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckel hat die tschechischen Abgeordneten Klimek und Machat zu einer Unterredung betrefß der tschechischen Schulen in Wien eingeladen. Die Verhandlung wurde in einigen Teilen für vertraulich erklärt. Es wurde über die tschechischen Beschwerden verhandelt; das Resultat ist folgendes: Der Vormittagsumricht wird progressiv liberal dort eingeführt werden, wo es die Verhältnisse gestatten. In allen tschechischen öffentlichen Schulen wird es ermöglicht werden, den Unterricht in der deutschen Sprache unobligat einzuführen. In dieser Richtung wurden verbindliche Direktiven für alle öffentlichen tschechischen Schulen bestimmt. Die Lehrkräfte mit der schlechtesten sprachlichen Qualifikation werden entlassen. Der Lehrkörper der tschechischen öffentlichen Schulen muß sich einer Prüfung der tschechischen Sprache unterziehen. Die Oberaufsicht über die tschechischen öffentlichen Schulen wird dem Landeschulinspektor und Hofrat Dr. Wollmann anvertraut, der die Verfertigung gab, streng darüber zu wachen, daß sich die Lehrerschaft auf den Unterricht fleißig vorbereite. Konkrete Beschwerden, namentlich was die Massenteilung betrifft, konnten nicht befriedigend gelöst werden, da die Wiener Gemeinde keine genügende Anzahl geeigneter Lehrkräfte besitzt und, wenn sie davon verfügbar wären, neue Kräfte nicht angestellt werden dürfen, da der Stand der Angestellten überall reduziert wird. Tschechische oder wenigstens zweisprachige Zeugnisse an den Wiener öffentlichen tschechischen Schulen auszustellen, ist nicht möglich, da man es unmöglich fordern kann, in Wien eine doppelte Amtssprache einzuführen. Die Umwandlung tschechischer öffentlicher Schulen in Privatschulen wünscht das Wiener Rathaus ebenfalls nicht. Die tschechischen Vertreter verlassen die Beratung durchaus unbefriedigt da nach ihrer Ansicht im Wiener Rathaus der gute Wille fehlt der tschechischen Minorität in Wien dieselben Rechte einzuräumen, welche die deutsche Minorität in der Tschechoslowakei genießt.

Ein „Erwählter Tyrill“.

Wegen Ermordung des ungarischen Juden Landau steht gegenwärtig der Oberleutnant Danzky vor dem Militärgericht in Budapest. Die anderen Mörder Landaus, der militärische Major Ramillo Sipos und Ferdinand Dobe, erscheinen in dieser Verhandlung als Zeugen. Das bürgerliche Gericht hat die beiden wegen Erpressung verurteilt, aber das bürgerliche Gericht hat die Hakenkreuzler des Dobe angeordnet, wogegen sich Sipos noch in Haft befindet. Oberleutnant Danzky war der Vertrauensmann der Erpresserbande in dem Generalstab und es wird behauptet, daß er den Befehl zur Erschlagung des alten Landau gegeben habe.

Was sich überführte Mörder und Erpresser, die aber Anhänger des christlichen Kurses sind, herausnehmen dürfen mag aus dem folgenden Bericht hervorgehen. Als Ramillo Sipos, wohlwollend, als Zeuge vernommen wurde, erklärte er: Ich wurde in der Affäre Landau zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Würde aber ein Jude noch einmal in meine Hände geraten und mit einem Selbstmord enden, dann möchte ich gern sogar noch fünf weitere Jahre abtun! — „Das ist kein Witzhaus, achten Sie die Würde des Gerichtes und gebrauchen Sie keine solchen Ausdrücke!“ antwortete darauf der Verhandlungsleiter. — Sipos: Auf Grund der militärischen Strafprozedur verweigere ich jede Aussage. — Verhandlungsleiter: Sie sind verpflichtet, meine Fragen zu beantworten. — Da Sipos trotzdem jede Aussage verweigert, wird die Verhandlung unterbrochen. — Während der Pause erklärte Sipos, daß er vorläufig nichts auszusagen werde, aber er arbeite jetzt an seinem Tagebuch und in dem wird man schon interessante Aufschlüsse darüber finden, wie viel Juden nach dem Sturz der Rätediktatur erschlagen wurden und wer sie aus dem Wege räumte. Nach der Wiedereröffnung der Verhandlung versuchten der Verhandlungsleiter und der Staatsanwalt Sipos zu bewegen, ihre Fragen doch zu beantworten. Darauf erklärte er, daß er Fragen, deren Beantwortung für ihn nicht nachteilig sein werde, zulassen werde. — Der Verhandlungsleiter: Hat der Oberleutnant Danzky die Landaus mitschuldig? — Sipos: Ob er sie mitschuldig hat, das weiß ich nicht, aber ich habe sie geschlagen. —

Verhandlungsleiter: Das habe ich ja von Ihnen gar nicht gefragt und diese Antwort kann für Sie Nachteile mit sich bringen. — Sipos: Welchen Nachteil? Uebrigens ist das zu beurteilen meine Sache. — Verhandlungsleiter: Ich frage Sie nochmals, hat auch Danzky die Landaus geschlagen? — Sipos: Ich verweigere die Antwort, da ich Mitbeteiligter bin. — Verhandlungsleiter: Wieso sind Sie mitbeteiligt? — Sipos: Nicht nur ich habe geschlagen, sondern alle, vielleicht fünfzehn Hände haben sich ausgestreckt und ich kann heute nicht feststellen, ob die des Danzky unter diesen waren. — Verhandlungsleiter: Hat Danzky einen Befehl gegeben, die Landaus zu schlagen? — Sipos: Er hat dies sowohl mit als auch anderen anbefohlen.

In gleich gemüthlicher Weise vollzog sich die Vernehmung des Dobe. Er erzählt, daß die Mithandlungen mit der Frage eines Unterleutnants eingeleitet wurden: „Haben die Juden schon eine Injektion bekommen?“ Als diese Frage verneint wurde, wurden sie geprügelt und ihr Unterleib mit einer Lapislösung eingepinselt. Als der Verhandlungsleiter auf die Unmenslichkeit dieses Vorgehens hinwies, sagte Dobe: „Bitte, diese Dinge wurden mir später aufgekauft, es war das Ganze mehr eine gemüthliche Unterhaltung.“ Wenn man sich vergegenwärtigt, daß wegen einer ungebührlichen Gebärde politische Häftlinge in Ketten geschlagen werden und zu Einzelschiffen bis zu acht Tagen verurteilt werden, während diese Frechheiten nur mit milben Worten gerügt werden, dann wird man erst „die Gemüthlichkeit“ dieser ungarischen Gerichtsverhandlungen würdigen können.

Schutz den Kleinpächtern!

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat an das Staatliche Bodenamt in Prag ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

Das Staatliche Bodenamt hat im Sinne des § 30 b des Gesetzes vom 1. April 1921, Nr. 166, S. d. G. u. B., in vielen Fällen den zuständigen Gerichten die Mitteilung gemacht, daß es beschlagnahmen Großgrundbesitz zu übernehmen sich entschlossen hat und daher die Einlieferung des im Sinne des Gesetzes vom 27. Mai 1919, Nr. 318 S. d. G. u. B., eingeleiteten Verfahrens beantragt. Das Staatliche Bodenamt hat den Pächtern, und zwar sowohl solchen, welche den Anspruch im Sinne des zitierten Gesetzes Nr. 318 ex 1919 geltend gemacht haben, als auch solchen Pächtern, welche diesen Anspruch nicht geltend gemacht haben oder nicht geltend machen konnten, gekündigt. Diese Kündigungen haben unter den Kleinpächtern des beschlagnahmen Großgrundbesitzes die größte Aufregung hervorgerufen, weil sie sich durch die Kündigungen in ihrer Existenz mit Recht bedroht fühlen. Es wurde sogar vielfach der Meinung Ausdruck gegeben, daß es sich dem Staatlichen Bodenamt darum handelt, die bisherige Einwohnerschaft zur Auswanderung zu zwingen, um auf diese Weise eine innere nationale Kolonisation vornehmen zu können. Die Kleinpächter haben sich in ihrer Not an den gesetzigten Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten gewandt und ihn ersucht, beim geehrten Staatlichen Bodenamt zu intervenieren, damit sie durch den Verlust ihrer letzten Einkommensquelle nicht vollständig verelenden.

Dem Abgeordneten Dominik Leibl wurde insbesondere im Staatlichen Bodenamt zugesagt, daß es dem Staatlichen Bodenamt vollständig fernliege, die bisherigen Pächter des beschlagnahmen und vom Bodenamt übernommenen Großgrundbesitzes zu schädigen, daß vielmehr das Bodenamt zu der Maßregel nur im Interesse der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung des übernommenen Großgrundbesitzes gezwungen sei und daß es alles daransetzen werde, um die betroffenen Kleinpächter durch Zuteilung, beziehungsweise Verpachtung von gleichwertigem Grund und Boden zu entschädigen.

Diese Zusage wird wohl von dem gesetzigten Klub voll und ganz gewürdigt. Es kann jedoch nicht gelugnet werden, daß diese dem Herrn Abgeordneten Leibl gegebene Zusage der entsprechenden rechtsverbindlichen Formalisierung entbehrt. Die Kleinpächter suchen sich gegen die vermeintliche Bedrohung ihrer Existenz durch Einlegung von Rechtsmitteln zur Wehre zu setzen. Diese Rechtsmittel sind durch Auslagen verbunden, welche die Mittel der in Betracht kommenden, durchwegs mittellosen Bevölkerung bei weitem übersteigen.

Aus allen obenangeführten Gründen erlaubt sich daher der Klub der Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an das geehrte Bodenamt das Ersuchen zu richten, vor der Erlassung von Kündigungen an die bisherigen Kleinpächter des beschlagnahmen und vom Staatlichen Bodenamt übernommenen Großgrundbesitzes, mit den zu kündigenden das Einvernehmen wegen Zuteilung von Ersatzgrundstücken zu pflegen; diesbezüglichen Verhandlungen wolle das geehrte Staatliche Bodenamt den Zentralverband der Kleinbauern und Hausler mit dem Stabe in Teplitz-Schönau zuziehen. Gleichseitig stellen wir das höfliche Ersuchen, das geehrte Bodenamt wolle den bereits gesetzigten Kleinpächtern die schriftliche Aufklärung cheftens zustellen, daß ihnen Ersatzgrundstücke zugewiesen werden. Hierauf wolle mit diesen bereits gekündigten Pächtern in der obenangeführten Weise unter Zuziehung des Zentralverbandes der Kleinbauern und Hausler das Einvernehmen darüber abgeschlossen werden, welche Ersatzgrundstücke ihnen zugewiesen werden.

Kunliches Miktrauen gegen Mussolini.

Rom, 22. Nov. (H.A.) Die „Times“ melden aus Moskau: Mit Rücksicht auf die Veränderung im italienischen Ministerium hat die Sowjetregierung beschlossen, ihre in Rom anwesende Handelsabordnung abzurufen und das Ablaufen italienischer Schiffe in russischen Häfen nur nach eingehender Prüfung zu gestatten.

Fortsetzung der Spezialdebatte im Abgeordnetenhaus.

Die Arbeitsweise des Abgeordnetenhauses in der heutigen Sitzung wird charakterisiert durch das rasche Tempo, in dem die Mehrheitsparteien die Spezialdebatte abwickeln lassen und scheinbar auch noch in den nächsten Sitzungen abzuwickeln gedenken. In der heutigen Sitzung wurden nicht nur alle unter die politische Gruppe fallenden Kapitel erledigt, sondern es wurde auch sofort mit der Beratung der Kapitel „Oberstes Rechnungskontrollamt“ und „Staatsschuld“, die unter die Finanzgruppe gehören, begonnen.

Von unseren Rednern gelangte Abgeordneter Genosse J o k l, dessen Rede eine beiführende Kritik des tschechischen Militarismus bildete, Abgeordneter Genosse S c h ä f e r, der die hohen Ausgaben für die Polizei beleuchtete, Abgeordnete Genossen B l a t n y, die sich für eine Gefängnisreform einsetzte, und Abgeordneter Genosse B e u t e l, der sich gegen die Benachteiligung der Gemeinden bei den Steuer-guteilungen wandte, zum Worte.

*

Präsidenten T o m a s c h e k eröffnet die Sitzung um halb 11 Uhr vormittags.

Abg. Darula (Roman.) beschwert sich über die Zurücksetzung der Slowaken im Staatsdienst und schildert das Elend, in das die Arbeiterschaft durch die Arbeitslosigkeit geraten ist.

Abg. Davib (tsch. Soz.) trägt Beschwerden der tschechischen Minderheiten vor und befaßt sich hauptsächlich mit den Ereignissen in Eger und Freudenthal.

Abg. Windisch (Bd. d. Landw.) ist der Ueberzeugung, daß gespart werden soll, und wünscht eine Einschränkung der großen, unproduktiven Ausgaben, wie der Heeresausgaben und der Ueberweisungen an die Selbstverwaltungskörper. Weiters können Ersparungen durch Aufhebung des Ernährungsministeriums und durch Vereinigung der Ministerien für Volksgesundheit und soziale Fürsorge erzielt werden.

Abg. Späček (tsch. Nat. Dem.) setzt sich für eine schärfere Konstitutionspraxis gegenüber den deutschen Zeitungen ein.

Abg. Juriga (slow. Volksp.) polemisiert mit den gestrigen Ausführungen Dr. Derers und erklärt, daß die Slowaken, falls die Regierung nicht im nächsten Jahre in der Slowakei Gemeindevorwahlen vornehmen lasse, keine Steuern zahlen werden.

Abg. Masata (tsch. Agr.) beschwert sich über die Mängel in der bisherigen Durchführung der Bodenreform.

Abgeordneter Genosse J o k l.

Tschechoslowakische Abrüstung.

Es wurde wiederholt, insbesondere von England der Versuch gemacht, die Abrüstung der Nachfolgestaaten Oesterreichs einzuleiten, doch jeder Versuch war vergeblich. Wir müssen konstatieren, daß es stets die Vertreter der Tschechoslowakei waren, die sich

gegen den Gedanken der Abrüstung

des Heeres gestellt haben. Vor der letzten Völkerbundsversammlung wurde bekannt, daß sich Lloyd George mit dem Gedanken trage, eine Konvention wegen der Durchführung der Abrüstung ins Leben zu rufen. Raum war dieser Plan Lloyd Georges der Öffentlichkeit bekannt, richtete unser Minister des Aeußern Benesch an Lloyd George ein Schreiben, indem es u. a. heißt: „In der Konvention soll vermieden werden, von der Abrüstung zu sprechen.“

Wir haben für den Militarismus innerhalb 5 Jahren 12 Milliarden ausgegeben. Es ist eine Tatsache, die wir auch zugehen wollen, daß heuer das Budget des Ministeriums für nationale Verteidigung ziffernmäßig geringer ist als im Vorjahr. Im Jahre 1922 hatten wir ein Budget von rund 318 Millionen Kronen, im Jahre 1923 ein solches von 275 Millionen Kronen, sodas eine Minderforderung von 417 Millionen Kronen vorhanden ist. Das ist aber eine Summe ohne Inve-stitionen. Wir haben außerdem im Jahre 1922 für Kasernenbauten 168 Millionen Kronen, im Jahre 1923 170 Millionen Kronen vorgezogen. Die Regierung und die offiziöse Presse konnte sich nicht genug darin tun, die Deffenlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß die Ausgaben für den Militarismus gesunken sind. Die Tatsache ist aber, daß diese Verarminderung der Ausgaben für den Militarismus

ein ausgelegter Bluff

ist. Um diesen Bluff aufzudecken, muß man nach-forschen, aus welchen Summen sich die angeblich ersparten 417 Millionen Kronen zusammen-setzen. Und da kommen wir vor allem auf den Betrag von 391 Millionen Kronen, der durch die 3prozentigen Interzalarzinsen bei den Löhnen und bei der Gagenzahlung erspart wurden. Die zweite Post in der Höhe von 252,5 Millionen Kronen, die höchste Ersparnis, ist auf den Rückgang der Preise für alle Verpflegungsartikel zurückzuführen. Schließlich haben wir noch den Betrag von 84,7 Millionen Kronen, für die Nachkriegszeit vorge-sehen ist, gespart also 375,7 Millionen Kronen Er-sparnis, an denen die Militärverwaltung als solche ganz unschuldig ist. Die Ersparnis ist nichts ander-es als eine Folge der Zeit, so daß eigentlich nur ein effektives Ersparnis von 42 Millionen Kro-nen vorhanden ist. In Wirklichkeit haben die Rü-stungsausgaben, eine Steigerung dadurch erfah-ren, weil nachweisbar ist, daß für Rüstungszwecke heuer mehr Beträge eingestellt worden sind, als es im Vorjahr der Fall war, daß aber anderer-

seits infolge der Versteigerung unserer Valuta vielmehr Quantitäten angeschafft werden konnten als das früher der Fall gewesen ist. Wir haben also eine absolute und eine relative Steigerung der Rüstungen.

Ein Schrecken ohne Ende

Scheinen neben anderen auch die neuen Ausgabe-posten für die M a n ö v e r zu sein. 1922 wurden dafür 40 Millionen Kronen ausgegeben, für 1923 hat man 52 Millionen Kronen in das Budget eingesetzt. Die Soldaten die im Herbst 1914 und im Frühjahr 1915 in den Krieg gegangen sind und die manderndmähig gedrückt waren, sind von Kriegsschauplatz weggeführt worden. Im übrigen wissen wir ja, daß die Ausgaben für Manöver nicht den Soldaten zugute kommen, sondern daß daran hauptsächlich die zahlreichen Manöverführer, die auswärtigen geladenen Gäste partizipieren.

Wie andere Staaten abrüsten.

Ich habe Ihnen ein Bild von der Abrüstung in der Tschechoslowakei gegeben. Ich will Ihnen, mittels, wie ernst andere Staaten die Frage der Abrüstung in Angriff genommen und durchgeführt haben. England vor allem hat im letzten Budget die Ausgaben seiner Wehrmacht um 79 Millionen Pfund Sterling reduziert, das sind rund 1100 Millionen Kronen. Der gesamte Heeresstand der britischen Truppen beträgt 152.836. Die englische Regierung hat den Heeresstand um 48.000 Mann herabgesetzt. In Dänemark wurde die Rekrutenzahl von 11.500 auf 6.700 Mann herabgesetzt, die Militärausgaben von 65 Millionen Kronen auf 43,5 Millionen Kronen. Rumänien verzeichnet eine Herabsetzung des Heeresstandes von 150.000 Mann auf 125.000 Mann. Japan hat den Be-schluß gefaßt, innerhalb von 10 Jahren das Heer um 56.000 Mann und um 18.000 Pferde abzu-bauen die Dienstzeit um 3 Monate. Frankreich hat die Dienstzeit auf 8 Monate herabgesetzt! Wir haben einen Heeresstand so hoch wie die Vereinig-ten Staaten von Nordamerika, jedoch sind dort 100 Millionen Menschen, während wir nur 14 Millionen Menschen haben.

Ich habe im Budgetauschuss eingehend darü-ber gesprochen, daß die Möglichkeit besteht, sofort das Heer und die Lasten abzubauen. Wir brau-chen nur das bestehende Wehrgesetz, das die 14-monatige Dienstzeit mit gewissen Uebergangsstadien vorschreibt, sofort durchzuführen. Wir deut-schen Sozialdemokraten werden auch diesbezüglich Anträge unterbreiten.

Ich habe an den Herrn Minister für nationale Verteidigung im Budgetauschuss die Anfrage ge-stellt, wogin die Strafbeträge bei den Militär-strafgerichten hinkommen. Der Herr Minister für nationale Verteidigung meinte nun, daß diese Be-träge einem Invalidenfond zugeführt worden sind. Wir möchten wissen, was für ein Invalidenfond das ist. Bei der Gelegenheit möchte ich auch auf

die dringende Notwendigkeit der Reform der Militärstrafprozessordnung

hinweisen. Der Minister für nationale Verteidi-gung weiß ja ganz gut, daß im alten Oesterreich es gerade die Abgeordneten der tschechischen Na-tion gewesen sind, die die dringende Reform der Militärstrafprozessordnung gefordert haben. Der Herr Minister für nationale Verteidigung wurde von mir gefragt, wann die Nationalversammlung endlich dazu kommen wird, Ausgaben für die Mo-bilisierung ausgedehnter zu erledigen. Der Herr Minister für nationale Verteidigung meinte, die für die Mobilisierung ausgegebenen Beträge seien durch Ersparnisse gedeckt worden und hat selbst eine Summe von 100 Millionen Kronen genannt.

Herr Minister, hier sinkt etwas!

Denn laut dem uns bekanntgegebenen Material wurden Beistellungen in der Höhe von 557 Milio-nen Kronen gemacht, Stornierungen in der Höhe von 237 Millionen Kronen, so daß de facto 320 Millionen Kronen erspart worden sind. Hundert Millionen Kronen sind angeblich durch Ersparnisse gedeckt, bleiben also noch immer 200 Millionen Kronen, über die wir dringende Auffklärung er-bitlen. Der Herr Minister für nationale Verteidi-gung hat meine sachliche Kritik an den unach-tigen Voraussetzungen der französischen Mission zum Erzherzogsmarschall Soldaten damit antwort zu können geglaubt, daß er sagte, ein Deutscher hat halt ein ganz anderes Verhalten, das hergesehen ist. Er hat das darauf zurückgeführt, daß wir Deutsche alle nur aus Geopissigkeit über die fran-zösische Mission so urteilen. Die Antwort des Herrn Ministers für nationale Verteidigung war überhaupt etwas schmalzig. Ich will dem Herrn Minister für nationale Verteidigung zur Kennt-nis bringen, was mir wortwörtlich ein gewissen-hafter hoher tschechoslowakischer Offizier schreib-t: „Die Ausbildung, die durch die D e a r r o l a n e r — so nennt man in militärischen Kreisen allge-mein die französischen Offiziere — bekommen, ist ungenügend sehr gut. Doch paßt sie leider nicht für uns Tschechoslowaken, sondern

für Entgeltener,

für die Sie uns betrachten?“ Und wenn es noch eines weiteren Beweises bedurfte, wie ungeeignet die französischen Offiziere zur Ausbildung der tschechoslowakischen Soldaten sind, so genügt der kleine Hinweis in März-Beiträgen wo man innerhalb eines Jahres drei Kommandanten ge-holt hat, darunter einen, der alles, was ihn in die Quere genommen ist, gebrüht hat, auch wenn es Offiziere gewesen sind. Tatsache ist, daß durch die Anwesenheit der französischen Mission sich wie im alten Oesterreich und Deutschland und heute in Frankreich des auf Kaiserherrschaft drin-gende Kostengeiß,

eine der kriegsgefährlichsten Erscheinungen

bei uns breit macht. Tatsache ist: daß der Ein-fluß der Demokratie, der Einfluß des Ministers in der Heeresverwaltung gleich Null ist.

Wir haben eine Reihe von Interpellationen eingebracht, Sie sind bis heute noch nicht beant-wortet. Eine Reihe von Interventionen blieb ohne Antwort. Wir haben Institutionen der Reserve-offiziere, wir haben keine Bestimmung im Ge-setz, die diese Institution der Reserveoffiziere ge-festlich festlegt. Wir haben das Einjährigrecht ab-geschafft. Die alten österreichischen Bestimmun-gen können also nicht mehr angewendet werden und trotzdem haben wir die Institution der Re-serveoffiziere. Wir haben vor einem halben Jahr, im Wehrausschuss einen Beschluß gefaßt das Mi-nisterium habe sofort bekannt zu geben, wie es sich zur Verwirklichung meiner Forderungen stellt. u. a. die Abschaffung der sogenannten Kranken-löhne, daß der kranke Soldat nur die halbe Löh-nung bekommt, etc. Bis heute warten wir im Wehrausschuss auf diesen Bericht. Das Ministe-rium für nationale Verteidigung und der Wehr-ausschuss hatten die Absicht, diese Dinge gegen den Willen der Militärorgane aufzuheben. Im § 97 der Durchführungsverordnung des Wehrgesetzes ist die Bestimmung, daß den Mitgliedern der Turnvereine bei der Ableistung der Waffenübun-gen Begünstigungen zu gewähren sind. Bis heute haben wir keine nähere Weisung, wie diese Be-günstigungen gedacht sind und gewährt werden. Vor einem Jahr hat man uns versprochen, einen Entwurf für ein neues Unterhaltsbeitragsgesetz dem Hause zu unterbreiten, und bis heute haben wir es noch nicht. Wir haben im Ausschuss ein Gesetz für die Ueberprüfung der Ausgaben bei der Mobilisierung gefordert. Der Ausschuss kann aber nicht arbeiten, weil ihm das entsprechende Material nicht unterbreitet wird.

Und noch eins: Wiederholt haben wir im Wehrausschuss die Vorlage eines neuen Dien-streglements gefordert. Der General-inspektor für das Heer, Madar, hat uns die Zu-sage gegeben, er werde uns einen Entwurf des neuen Dienstreglements zur Begutachtung unter-breiten im Wehrausschuss. Wohllich lesen wir in den Zeitungen, daß das neue Dienstreglement provisorisch in Kraft gesetzt worden ist. Soviel konnten wir feststellen, daß das, was wir gefor-dert haben, ein modernes Beschwerderecht der Sol-daten, Vertrauensmänner für die Soldaten, daß dies in dem Dienstreglement nicht verwirklicht ist. Aber etwas anderes ist darin, ein Widerspruch zwischen dem Dienstreglement und der Praxis der Militärverwaltung. Es wurde im Budgetauschuss darauf hingewiesen und berichtet, daß bei einzel-nen Truppenteilen Kofferlisten vorkommen. Nun heißt es in dem Dienstreglement ausdrücklich im § 53: Der Militärdienst verlangt von einem Angehörigen der bewaffneten Macht keine Aende-rung seiner nationalen, religiösen und politischen Ueberzeugung; das steht im Dienstreglement. In demselben Atemzug erklärt der Herr Minister für nationale Verteidigung das Vorgehen einzelner Organe gegen die kommunistischen Soldaten für vollständig berechtigt und unterstreicht daselbe noch. Wo wird gelogen?

Meine Herren, aber etwas anderes hat das Dienstreglement. Es hat einen Absatz „Festliche und Ehrenbezeugungen.“ In diesem Punkte heißt es: Falls eine Militärabteilung einen Priester mit der Kontraze begebenet, ist die Ehrenbezeu-gung zu leisten, der die Abteilung führende Offi-zier muß solange salutieren, bis der Priester vorüber gegangen ist. Diese Ehrenbezeugungen werden sonst nur dann geleistet, wenn die Staats-hymne gespielt wird; nicht einmal, wenn der Prä-sident vorüber geht, wird diese Ehrenbezeugung geleistet, die hier im Dienstreglement für den Pri-ester der römisch katholischen Konfession vorgeschrie-ben ist. Es darf uns daher nicht wundern, wenn das Garnisonkommando von Grob-Prag einen Be-schluß herausgegeben hat, wornach Soldaten der katholischen Konfession an dem Kirchgang teilzunehmen haben:

Das wenige Demokratische, das sich unsere Heeresorganisation herübergerettet hat — ich will nicht sagen, aus besserer Vergangenheit — die Menagemissionen, die während des Krieges für die Soldaten eine große Bedeutung gehabt haben, weil sie die Soldaten schützten vor den Dieberieien der Offiziere, sind ausgelöst worden. Aber die tsche-choslowakische Militarismus hat einen Vorzug gegenüber dem Militarismus, den Heeresorgani-sationen der anderen Staaten. Dieser Vorzug liegt darin, daß wir, über eine

hatliche Anzahl von Toten und Krüppeln aus friedlicher Zeit

hinweisen können. Ich erinnere daran, daß als in Boia ein großes Unglück bei Schießversuchen geschah, bei dem infolge Springen eines Rohres ein Soldat getötet und zwei zu Krüppeln geschla-gen wurden, im österreichischen Parlament tate-lang darüber gesprochen wurde und die Militär-verwaltung nicht genug betauern konnte, daß sie alles tun werde, um dieses Unglück so viel als möglich zu lindern. Wie ist es bei uns in bezug auf Unglücksfälle bei Schießübungen usw. aus? Redner führt eine ausführliche Blütenleise der Opfer des Militarismus im Frieden an. Es hat in der Vergangenheit keine Periode gegeben, wo unter gleichen Verhältnissen so viele Opfer gefallen waren. Dabei das Tragische, daß sich das Ministerium für nationale Verteidigung weigert, die Opfer materieller Natur, die die Anverwand-ten der Opfer zu bringen hatten, zu vergüten, zu ersetzen. Besonders tragisch ist der Unfall eines Soldaten auf dem Exerzierfeld in Nevsí. Der Soldat sieht einen Blindgänger liegen. Bewußt des Unglücks, das geschehen kann, nimmt er ihn und will ihn weggleitern. Die Granate klopft, dem Soldaten werden sämtliche Finger wegge-

rissen, er kommt vor die Superarbitrierungskom-mission und die erklärt, er sei das Opfer eigener Verschuldung geworden. In der Vergangenheit hat man das Lied vom braven Mann gedichtet. Der brave Mann hat sein Leben eingesetzt, damit nicht Zivilpersonen zugrunde gehen, und er bekommt dann nicht einmal den Anteil der Invalidenrente. Wir haben vom Herrn Minister gefordert, daß die Angehörigen der Opfer des Militarismus ent-schädigt werden. Er hat erklärt, dem Ministerium für nationale Verteidigung stehen keine Mittel zu diesem Zwecke zur Verfügung. Das ist eine Unwahrheit. Im Budget ist eine Reihe von Kosten, die die Entschädigung der Angehörigen der Opfer ermöglichen. Ich verweise nur auf die Post „Un-vorhergesehene Auslagen und andere Verwendungen.“ Aber es ist eine Post direkt dazu bestimmt, solchen Erfah zahlen zu können. Im Budget des Herrn Ministers für nationale Verteidigung unter dem Titel 1 ist eine Post von 180 Tausend Kro-nen eingestellt unter dem Titel „Für Unterstüpfun-gen und Erhöhe.“ Ich glaube, einzig zu sein mit dem ganzen Hause, wenn ich die Forderung auf-stelle, daß das Ministerium für nationale Vertei-digung die einfache menschliche Pflicht nachhole und die Angehörigen der Opfer, die so schrecklich ums Leben gekommen sind unterstützt.

Ein sehr dankbares Kapitel wäre auch eine gründliche Besprechung der vorgelommenen

Korruptionsfälle,

die ja nur eine Ausgeburt, eine Folgeerscheinung der heutigen militärischen Organisation sind. Ich will nur ganz kurz einen Fingerzeig geben, wo diese vorgekommen sind und wann sie aufgedeckt wurden. So haben die „Lidove Noviny“ einmal eine sehr ausführliche Darstellung über die Un-haltbarkeit der Vergütung der Heu- und Stroglieferungen an die Zentroskooperative gebracht. Die Radiostation am Laurensberg wurde erwei-tert, hierfür wurde ein Betrag von 11 Millionen Kronen bewilligt, die Lieferung bekam eine fran-zösische Firma, die sie sofort an die allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin weitergegeben hat. (Hört! Hört!) Ein Hauptmann R. des Bri-ner Zeughauses hat sich aus arabischen Mitteln in militärischen Objekten und arabischen Arbeitskräf-ten eine komplette Werkstätte eingerichtet. Es wurde eine Pulvererzeugungsgesellschaft gegründet, die den Verkauf des Pulvers an private und an Militärbehörden durchführt. Es ist charakteristisch daß die meisten Herren dieser Gesellschaft zugleich Beamte der Abteilung 23 des Ministeriums für nationale Verteidigung sind. Man hat sich ent-schlossen, die Messingpatronenhüllen nicht in eige-ner Regie zu erzeugen, sondern sie an eine Pri-vatfirma weiterzugeben. Betreiber dieses Beschaf-fes war der Oberstauditor W e i n b e r e c h t und die Lieferung der Messingpatronenhüllen hat eine Gesellschaft bekommen, an deren Spitze der Schwiegervater des Weinbrecht steht.

Wichtig interessant ist auch das Kapitel der militärischen Wirtschaftsbetriebe. Die Rechnungs-legung und Budgetierung der Wirtschaftsbetriebe zeichnet sich dadurch aus, daß sich darin kein Mensch auskennt. Der landwirtschaftliche Betrieb des Mi-nisteriums für nationale Verteidigung umfaßt 3111 Hektar und hat einen Reingewinn von 600.000 Kronen. Ich bin kein hervorragender Landwirt, aber daß von einem Grundbesitz von 3.000 Hek-tar ein Reingewinn von 600.000 Kronen, etwas zu niedrig ist, werden Sie wohl zugeben.

Der Herr Kollege S u m m e l h a u s hat sich darauf beschränkt, einen Vortrag über die Mäßig-keit der Einführung der Witz zu halten. Ich unterschreibe jedes Wort, das der Kollege Sum-mehaus diesbezüglich gesagt hat. Wenn ich an die Worte des Kollegen Summehaus anknüpfe, me ich dies aus dem Grunde, um ihn meine Reugierde mitzuteilen.

wann der Tag kommen wird, wo sich die tschechi-schen Sozialdemokraten ernstlich austreten werden

ihre Theorien in die Praxis umzusetzen. Dazu wäre es höchste Zeit und da lassen Sie mich schlie-ßen mit dem, was unser alter Freund R e m e e — nur schweren Herzes sehe ich ihn in der Ge-sellschaft — am 12. Dezember 1912 im alten öste-rreichischen Abgeordnetenhaus gesagt hat: „Meine Herren! Es ist selbstverständlich, daß wir diese Vorlage nicht votieren, weil wir auf dem Stand-punkt stehen: für den heutigen Militarismus lei-nen Groschen und keinen Mann. Es ist auch selbst-verständlich, daß wir gerade in dieser Zeit den leitenden Kräften ihre Pflicht ins Gedächtnis ru-fen und, wenn Sie erlauben, Sie müssen die Mi-litärmacht stärken, weil dies das Interesse des Reiches verlangt, darauf hinweisen, daß sie in erster Linie die wirtschaftlichen Verhältnisse san-tieren müssen, denn dort liegt die Kraft der ge-samten Bevölkerung dieses Staates, dort liegt auch die Kraft dieses Staates. Sie können uns mit einem ganzen Wald von Bajonetten und Ge-schützen umgeben.“

wenn die Bevölkerung nichts zu essen haben wird, wenn sie unzufrieden sein wird, dann bricht das alles zusammen.“

Wort für Wort, was Kollege Remee im Jahre 1912 im österreichischen Parlamente ausgespro-chen hat, trifft für uns heute zu. Wir haben wich-tigere Sorgen als die Aufstellung des Milita-rismus, wir haben die wirtschaftlichen Verhält-nisse zu sanieren, der Bevölkerung Not und Elend von ihrem Haupte zu nehmen.

Abg. Bräkel (tsch. Soz.) tritt dafür ein, daß die Militärverwaltung der Staat übernimmt und beschwert sich über die Zurücksetzung der tsche-choslowakischen Kirche.

Abg. Dr. Puschla (d. Christ.-Soz.) führt Klage darüber, daß der deutschen Bevölkerung verwehrt wird, Kundmachungen und Erlasse in ihrer Mut-tersprache zur Kenntnis zu nehmen und daß deut-sche Staatsangestellte bei der Vorrückung selbst

Dann übergegangen werden wenn sie die tschechische Sprache vollkommen beherrschen.

Abg. Hruščovský (sch. Soj.) lobt die Politik Benešs und tritt für enge Beziehungen mit Jugoslawien ein.

Sodann gelangt zum Wort

Abg. Weißer Schäfer

Der Herr Ministerpräsident Svobla

in seiner Regierungserklärung unter anderem nur eine Kritik, die von der unabweislichen Voraussetzung, loyal mitzuarbeiten, ausgeht, werden wir respektieren, eine Kritik, die aus anderen Gründen hervorgeht, jedoch nicht. Der Herr Ministerpräsident Svobla hat dann weiter darauf hingewiesen, daß die Tschechoslowakei ein junger Staat sei und daher mit ganz gewaltigen Schwierigkeiten zu rechnen habe. Er jagte, gerade eine junge Demokratie muß ihre Lebensfähigkeit damit beweisen, daß sie die Augen vor keiner Frage verschließt. Wenn wir uns all der Reden erinnern, mit denen sich die neue Koalitionsregierung vorgestellt hat, so können wir nicht anders, als aussprechen, daß in diesem Programm wenig von dem gesprochen worden ist, was die Bevölkerung dieses Staates bewegt. Ja, wir haben sehen müssen,

Wie die Regierung in ihren Erklärungen vor allem den großen Problemen ausweicht.

Nun erklärt der Ministerpräsident Svobla bei seiner Vertretung des Budgets im Ausschusse, daß es die Aufgabe der Regierung und der Staatsverwaltung sei, daß dieser Staat gesichert werde. Wir Sozialdemokraten glauben, daß die Sicherheit eines Staates vor allem darin beruhen muß und sollte, daß alle großen wirtschaftlichen und politischen Fragen nach den Grundgesetzen der Demokratie gelöst werden und daß man sich insbesondere in Zeiten der wirtschaftlichen Not den großen wirtschaftlichen Aufgaben eines Staates zuwendet. Eine ganz entgegengesetzte Auffassung scheint aber oder ist in der Tschechoslowakei bisher sowohl bei der Regierung, auch bei der Koalitionsregierung maßgebend gewesen. Sonst wäre es ganz unmöglich, daß man einen so ungeheuren Apparat brauchen würde, um jeder Kritik entgegenzuwirken, daß wir auch auf die pol. Verwaltung von Jahr zu Jahr größere Summen verausgaben, daß wir einen ungeheuerlichen Polizeiparapparat haben, daß insbesondere in einigen Gebieten dieses Staates in geradezu unbegreiflicher Weise Millionen ausschließlich für Polizeizwecke, für Verwaltungsbehörden, für die Gendarmerie und so weiter ausgegeben werden. Redner beleuchtet sodann die für politische Verwaltungszwecke eingestellten Budgetposten und sagt:

Während in Böhmen für das nächste Jahr 47 Millionen veranschlagt sind, sind für die politische Verwaltung in der Slowakei über 83 Millionen veranschlagt. Ähnlich ist es mit Karpathenland. In Karpathenland kostet uns die politische Verwaltung 15,054.290 Kronen, ein Beweis, daß der Staat für dieses Gebiet mit Ausgaben wirklich nicht zurückhält. Nun wissen wir zwar sehr gut,

daß weder die Karpathenrussen noch die Slowaken diese Art der Fürsorge mit großer Begeisterung entgegennehmen.

Insbesondere wäre es vor allem für die Regierung dieses Staates eine Dringlichkeit, daß man den Karpathenrussen und den Slowaken die Möglichkeit geben würde, sich politisch zu äußern, wie das in jeder Demokratie sein muß. Wir haben aber weder aus Karpathenland Vertreter hier, noch werden in der Slowakei die Gemeindeväher durchgeführt, es wird in diesen beiden Gebieten nach den bisherigen Methoden weiter regiert und man wundert sich dann, wenn die Klagen gegenüber dem Vorgehen der tschechoslowakischen Regierung fortwährend zunehmen.

Die Demokratie unter Polizeiaufsicht.

Es ist nicht zu umgehen, wenigstens mit ganz kurzen Bemerkungen über den Umfang unserer Polizei zu sprechen. Die Polizeidirektionen weisen genau die gleich hohen Ansprüche auf wie die politischen Behörden. Die Ueberwachung der Staatsbürger und ihrer politischen Tätigkeit steht in der Tschechoslowakei um gar nichts zurück gegenüber der polizeilichen Ueberwachung, der sich die Staatsbürger einmals im alten Preußen ausgesetzt sahen. Wir sehen statt einer großen demokratischen und wirtschaftlich weitaussehenden Politik eine Tätigkeit der Regierung, die von dem Gedanken ausgeht, es könne der Staat gesichert werden, wenn man möglichst viel Gendarmen zur Verfügung hat, wenn die Staatsbürger möglichst wenig politische Freiheit genießen, sonst wäre es undenkbar, daß wir noch das alte Preußen hätten, daß wir noch nach dem alten Vereins- und Versammlungsrecht in der Tschechoslowakei Vereine gründen und Versammlungen abhalten müssen, es wäre undenkbar, daß jede einzelne Versammlung von einem Vertreter der Regierung überwacht wird, damit in ihr ja gar kein kritisches Wort gegen die Regierung und gegen ihre Politik gesprochen werde. Am klarsten werden wir uns dieser geradezu an das alte Preußen erinnernden Polizeiwirtschaft bewußt, wenn wir bedenken, daß auf den Kopf der Bevölkerung 27 K 64 h an Ausgaben für diese Art der Sicherung des Staates entfallen. Nun müssen wir bei der Besprechung der Ausgaben für Polizei und Gendarmerie doch auch eine Frage mitstreifen. Das Personal der Gendarmerie hat schon im alten Oesterreich eine Art gewerkschaftliche Organisation gehabt. In der Tschechoslowakei werden nun den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Gendarmerie die größten Schwierigkeiten bereitet und ihr Blatt,

das ihre sachlichen Interessen vertritt, erfreut einer ganz besonderen Gunst des Staatsanwaltes. Wir glauben, eine demokratische Regierung hätte auch die Pflicht, ihren Angestellten ohne Unterschied die Möglichkeit ihrer beruflichen Vereinigung zu geben.

Mäßigste Behandlung der Gemeinden.

Die politische Verwaltung, die Staatsverwaltung überhaupt bricht auch hinsichtlich der Selbstverwaltung der Gemeinden mit Grundgesetzen, die in keinem demokratischen Staate angezweifelt werden oder bekämpft werden. Man nimmt gar keine Rücksicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der Gemeinden. Ich könnte eine Reihe von Fällen anführen, wo über den Kopf der Gemeindevertretungen hinweg die Verlegung aus einem Bezirk in einen anderen Bezirk vorgenommen werden soll. Dabei dürfen Sie nicht etwa glauben, daß es nur mit deutschen Gemeinden so geschieht. In einem anderen Bezirke sind es tschechische Gemeinden, die sich gegen diese Art der Abgrenzung von einem Bezirk und der Hinzuschlagung zu einem anderen Bezirk zur Wehre setzen. Ich erinnere ferner daran, wie sehr die in der letzten Zeit erfolgte Verstaatlichung der Polizei in das Verwaltungsrecht der Gemeinden eingreift, umso mehr ist es aber zu kritisieren, wenn bei der Uebernahme der Polizeiarbeit einer Stadt oft in der kleinlichsten Weise vorgegangen wird.

Wir als Sozialdemokraten können mit der bisherigen Staatsverwaltung und mit der Tätigkeit des Ministeriums des Innern, sowie mit dem Wirken der politischen Verwaltungsbehörden und keinesfalls einverstanden erklären. (Beifall.)

Abgeordnete Genosijn Blatny.

Wir hatten gehofft, daß die Reformpläne, die die Justizverwaltung mit großer Aufmachung verkündet hatte, irgend einen Niederschlag im Staatsvoranschlag finden würden. Es ist nicht der Fall. Es ist der alte Geist, der da wieder eingeseht hat und doch verlangt Strafrecht und Strafvollzug eine Reform. Jede Wirtschaftskrise spiegelt sich in den Zahlen der Kriminalität. Sozialpolitische Gesetze wären die besten Schutzmaßnahmen gegen das Verbrechen. Dem bürgerlichen Staat fordern wir nichts Grundlegendes. Aber was wir fordern, ist die Versorgung unserer Witwen und Waisen, unserer Invaliden und Arbeitslosen, ist die Versorgung der Greise und Greisinnen, ist die Sozialversicherung.

Die Wirtschaftskrise hat im ganzen Lande Not und Elend verbreitet, insbesondere aber in den Randgebieten. Dort herrschen

erschreckende Verhältnisse.

Es ist mir klar geworden, daß soviel Not, soviel Elend schließlich auch das Rechtsempfinden herabmindern muß.

Die Jugendkriminalität

Es ist mir klar geworden, daß insbesondere eine Jugend, die solches mitemachen muß, schließlich alle Mittel ergreift, um dieser Not zu entkommen. Ich bin im Kreisgefängnis in Eger gewesen und ich habe dort jugendliche Häftlinge zwischen 14 und 18 Jahren gesprochen. Diese waren bis auf einzelne Ausnahmen Kinder von Kriegswitwen, Kinder von Arbeitslosen und diese Ursachen haben nicht lesen und schreiben können. Dem Staat müßten diese Dinge zu denken geben. Ein passendes Fürsorgeinstitut, ein Erziehungssystem, müßte die Parole des Staates sein. Wir haben ja von Regierungsplänen nach dieser Richtung gehört. Allein es wäre eine halbe Maßregel, wenn nicht gleich zeitig mit der Reform des Jugendstrafrechtes

ein Jugendfürsorgegesetz

in Kraft treten würde. Bei uns ist das Erziehungssystem Raschins Trumpf. Aber die wichtigste Delonomie, ist Menschenökonomie.

Für die Gefängnisreform.

Ich will hier nicht von unseren Bezirksgerichtsgefängnissen, von den Kreisgerichtsgefängnissen sprechen. Aber sehen Sie sich einmal unsere Strafanstalten an. Pankrac hat keine Wasserleitung, keine Kanalisation, Repp hat Petrolleumbelichtung, Borch hat ein ganz veraltetes Heizsystem. Nur Nikolsburg ist neu und modern. Das Schlimmste ist die Raumnot. Und die fängt schon an, in Bezirken und Kreisgerichtsgefängnissen sich sehr boje auszuwirken. Die Jugendstrafen kommen verdrängter in die Freiheit zurück, als sie eingeliefert wurden. In den Strafanstalten fängt das Uebel erst recht an. Ich habe keine Strafanstalt gesehen, wo nicht entgegen aller Vorschrift, die leitenden Personen Erbschafts mit Vorbestrafen zusammengegeben hätten.

Ein Wort über die Bibliotheken der Strafanstalten. Die Bibliotheken sind in einem schlechten Zustand, nicht nur dem Umfang nach, sondern auch hauptsächlich dem Inhalte nach. Außer den Erbauungsbüchern sind nur ganz alte Symodex da, durchwegs literarisch schriftstellerische Harnlosigkeit und doch wäre eine richtige Gefängnisbibliothek ein Erziehungsfaktor „par excellence“. Die Direktoren der Strafanstalten, die Beamten und die Aufseher, sie haben sicherlich kein leichtes Leben. Sie leiden ja in vielfacher Hinsicht das Leben der Gefangenen; die Gefangenen sind verumutlich auch nicht leicht zu behandeln, schon in Anbetracht der komplizierten Zusammensetzung, stumpf die einen, oft leidenschaftlich die anderen. Da muß man auch vom Gefangenen aufseher mehr verlangen, als daß er Disziplin schaffen und Ordnung halten kann. Auf diesen Voraussetzungen, von dieser Erkenntnis ausgehend, hat die Regierung geplant Unterrichtskurse für Strafanstaltsaufseher einzuführen. Es war sehr viel schönes über diese Unterrichtskurse, die 8 Monate dauern

solten, in den Zeitungen zu lesen. Aber diese Unterrichtskurse haben bisher nicht stattgefunden.

Gefallen Sie noch einige Worte über die vielfach unrationellen,

unwirtschaftlichen Arbeitsmethoden in unseren Gefängnissen.

Ich habe Arbeitsmethoden gefunden, wie ich sie seit meiner Kindheit im Deimadobse nicht gesehen habe. Da wird Leinwand gewebt, wie zu Großmutterns Zeiten, Düten werden geklebt und Zöpfe, endlose Strohzöpfe, werden mit der Hand für Strohmatten geflochten. So wird dort gearbeitet, während draußen in der Welt die Maschine technische Entwicklung vorwärts stürmt. Aber nicht nur in der Welt der Arbeit ist der Sträfling ein Fremdling geworden. Auch in seiner eigenen Familie. Der Umstand, daß er nur selten Briefe schreiben und solche empfangen kann, daß der Briefwechsel kontrolliert wird, daß er nur selten Besuche empfangen kann und auch den Besuch von Weib und Kind nur im Beisein eines Beamten, — entfremdet ihn der Familie. Die Kost in den Gefängnissen, der Mangel frischer Luft, das Bedenken an frischer Luft, das alles ist geeignet, auch seine Körperkraft und den Körperzustand ungünstig zu beeinflussen.

Ich bin am Schluß und ich möchte schließen mit den Worten Valentinis: Nicht für Straflosgkeit plaudere ich, aber dafür, daß man strafen möge, ohne das Uebel zu vermehren. (Beifall.)

Damit war die Spezialdebatte über die politische Gruppe geschlossen. Vizepräsident Burival teilt mit, daß die Abstimmung erst nach Erledigung der Debatte über die anderen Gruppen erfolgen werde. Als hierauf für die nächste Gruppe: Finanzen, als erster Redner

Abgeordneter Genosse Beutel

zum Worte kommt, geraten die deutschen Sozialdemokraten mit dem Präsidium wegen der Einreichung des Genossen Beutel in die Rednerliste in eine Kontroverse. Die Rede des Genossen Beutel bringen wir in der morgigen Folge unseres Blattes.

Nach dem Abg. Hndel spricht als letzter Redner Abg. Genosse Wilitich, der sagt, daß die Lasten, welche durch Annahme des Staatsvoranschlages der Bevölkerung aufgebürdet werden, deren Tragfähigkeit sehr stark übersteigen. Man sieht es schon jetzt, aus den täglich sich ereignenden Fällen von Konkursöffnungen und Einleitung von Zwangsausgleichungen. Die Wirtschaftskrise hat in den Industriegebieten nahezu 50 Prozent der Arbeiter arbeitslos gemacht und es ist nicht abzusehen, wann sich diese Zustände bessern werden. Deshalb wäre es hoch an der Zeit, daß entsprechende Maßnahmen getroffen werden, damit keine weitere Verschlimmerung der jetzigen Zustände platzgreift. Um 9 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Die Notlage der Gemeinden.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Beutel, Cermak, Schweichart und Gen. haben eine Interpellation an die Regierung gerichtet, in der diese auf die schwierige finanzielle Lage der Gemeinden aufmerksam gemacht wird. Es wird darin u. a. gesagt:

Fast alle Gemeinden führen Klage darüber, daß ihnen nur ein Bruchteil der veranschlagten Gemeindevumlagen von der staatlichen Steuerverwaltung überwiefen wird. Tatsächlich sind die Rückstände, wie eine umfassende Erhebung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper nachweist, erschreckend hoch und reichen teilweise selbst in das Jahr 1921 zurück. In vielen Fällen erhalten die Gemeinden nicht einmal das, was sie zur Bezahlung der Angestelltengehälter benötigen. Um den Gemeindehaushalt überhaupt fortführen zu können, müssen die Gemeinden teures Leihgeld aufnehmen. Aber auch der Kreditweg zur Bedeckung der laufenden Ausgaben wird immer schwieriger, sobald viele Gemeinden unmittelbar vor der Zahlungseinstellung stehen.

Die Ursachen der unzulänglichen Einnahmen an Gemeindevumlagen sind nun folgende:

1. Die Steuerbehörden sind vielfach stark im Rückstande mit der Vorforderung der direkten Steuern. Solange aber die staatlichen Steuern nicht vorgeschrieben werden, ist der Steuerpflichtige nur verpflichtet, sie nach der letzten, oft Jahre zurückliegenden, Vorforderung zu entrichten. Inzwischen ist das Unternehmen oft stark vergrößert worden, hat größeren Umfang als früher und größere Gewinne erzielt. Auch der Steuerfuß ist erhöht worden. Aber all das kommt erst zur Auswirkung, wenn die neue Vorforderung erfolgt. Vorläufig zahlt die Unternehmung die Steuer im alten Ausmaße, so, als ob sich gar nichts geändert hätte. Solange nun die neue Vorforderung der Steuern nicht erfolgt ist, können auch die Gemeindevorschläge nicht neu berechnet und vorgeschrieben werden.

2. Die Berechnung und Einhebung der Steuern und Umlagen bei den Steuerämtern erfolgt kumulativ. Von den auf die direkten Steuern und Zuschläge zu ihnen einlangenden Beträgen nimmt der Staat jeden Monat ein volles Zwölftel der gesamten Jahresschuldigkeit der Steuer für sich vorweg. Von dem, was übrig bleibt, werden die Umlagen der Gemeinden, Bezirke, Handelskammern usw. verhältnismäßig geleast. Alle Rückstände gehen also ausschließlich auf Rechnung der Selbstverwaltungskörper. Aber nicht nur mit der Vorforderung, sondern auch mit der Einhebung der Steuern und Umlagen sind die staatlichen Behörden und Ämter stark im Rückstande. Die Steuerorgane werden aus einer unvollendeten Arbeit in die andere geetzt und kommen

nicht mehr nach. Vielfach sind auch die Ämter unzureichend besetzt.

3. Da der Haushalt der Gemeinden in der Hauptsache auf die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern aufgebaut ist, müssen die Gemeinden unter den gegebenen Verhältnissen hohe Umlagenprozente beschließen. Das hat zur Folge, daß die bezüglichen Beschlüsse meist der Genehmigung des Landesauschusses bedürfen. Infolgedessen sammeln sich bei den Landesauschüssen die Gesuche um Genehmigung der Umlagenprozente in Massen und können nur nach und nach erledigt werden. Zwischen Ansuchen um Genehmigung und dieser selbst liegen meist mehrere Monate. Wenn nun die Steuervorforderung erfolgt, können, solange die Erhöhung der Umlagen genehmigt ist, die Umlagen nur nach dem letzten rechtskräftigen, aber überholten Prozente vorgeschrieben und eingehoben werden. Das hat für die Gemeinden wieder einen erheblichen Anfall an Umlagen gegenüber dem Vorschlage zur Folge.

4. Es erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die staatliche Steuerverwaltung die Beschränkung der Umlagenüberweisungen an die Gemeinden auf das geringste Maß verfügt habe, sobald also, wenn dieses Gerücht sich bewahrheiten würde, die Gemeinden nicht einmal das erhalten, was sie nach Abrechnung des staatlichen Steuerwüstels aus den Einnahmen erhalten können und sollen.

Die Unterzeichneten stellen folgende Fragen:

- 1. Ist der Regierung bekannt, daß den Gemeinden vorveranschlagte Gemeindevumlagen nur zum Teile überwiefen werden?
2. Ist die Regierung den Ursachen dieser Erscheinung nachgegangen und welche sind diese Ursachen?
3. Ist der Regierung bekannt, in welche Verfassung die Haushalte der meisten Gemeinden durch die unzulänglichen Gemeindevumlagen-Ueberweisungen geraten sind?
4. Was hat die Regierung veranlaßt, oder was gedenkt sie zu veranlassen, um den Gemeinden die zur geregelten Fortführung ihres Haushaltes erforderlichen Mittel zu sichern?
5. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Gemeindevumlagen vor den Folgen der Wirtschaftskrise zu bewahren, die im Jahre 1923 eine Verminderung der Steuervorforderung und damit der Zuschlagsgrundlage bewirken wird?

Die Folgen der freien Wirtschaft in Deutschland.

„Dieser Tage hat der Zentralverband der Milchhändler in Leipzig beschlossen, für jeden vom Erzeuger eingeführten Liter Milch ab 1. November 1 Mark pro Liter abzugeben. Der Betrag soll zur Milchverbilligung für Minderbemittelte bemüht werden. Infolge der ungeheuerlichen Milchpreise ist der Milchkonsum in der letzten Zeit bedeutend zurückgegangen. Der Preis von 148 Mark, pro Liter ist für Minderbemittelte unerschwinglich.“

So berichtet die bürgerliche deutsche Presse. Zunächst wird hier ganz offen zugegeben, daß der Milchpreis für Minderbemittelte in Deutschland einfach nicht mehr zu erschwingen ist. Ist das aber der Fall, dann handelt es sich bei dem unerhörten hinaufschrauben der Preise um einen Kindermord, der den beschlehenmischen weit übertrifft. Die Preise werden unberechtigt, ins Maßlose erhöht. Die bürgerliche Notiz ist interessant; denn sie zeigt, in wie entsetzlicher Weise sich die „freie“ Wirtschaft auswirkt. Wenn da nun die Milchhändler beschlossen haben, pro Liter Milch 1 Mark abzugeben, so verdrät das zweifello das schlechte Gewissen dieser Leute. Der Beschluß wirkt aber geradezu wie ein Hohn. Er stellt eine der unruhlich bekannten Wohltätigkeitsgaben dar. Erst wuchern: die Händler und dann stellen sie sich menschenfreundlich. Da hätte die Reichsregierung alle Veranlassung, Kontrollmaßnahmen auf dem Ernährungsmarkt durchzuführen. Das Uebel des Ernährungselends in Deutschland muß an der Wurzel abgeschnürt werden. Dem Vorgehen eines Einzelkaufes stehen große Schwierigkeiten entgegen, sofern es, wie z. B. S a c h s e n, auf Zuschußwirtschaft angewiesen ist. In Sachsen werden nur ca. ein Viertel der Milch, bezw. der Kartoffelmengen selbst produziert, die von der Bevölkerung gebraucht werden. Wenn unter diesen Umständen allzuhohe Preise unter Berufung auf die Wucherbestimmungen der Gesetze unterbunden werden, dann zeigt sich sofort die Sabotage der Produzenten und Händler. Sie liefern ihre Produkte in Gegenden, in denen sie nicht kontrolliert werden. Wir haben immer wieder die Schuld in der sogenannten freien Wirtschaft zu suchen. Sie ist gegen den Widerstand der Sozialdemokratie beschlossen worden, und solange die bürgerlichen Parteien im Reichstage die Herrschaft haben, wird an den widersinnigen Verhältnissen in Deutschland wenig geändert werden.

Der Streit um Westtrazien.

Lausanne, 22. November. (Schweiz. Dep. Ag.) Die erste Kommission begann heute früh das Studium der europäischen Grenze der Türkei. Z s m e d P a s c h a verlangte die Abhaltung eines Plebiszits in Westtrazien und stellte Details in Aussicht. Venizelos erklärte, daß Griechenland nur die Grenzen von 1915 anerkennen könne und beantragte die Absehung der Frage von der Tagesordnung. R i n o t i e appellierte an den Veröhnungswillen der Delegationen und wünscht die Grenze an der Maritalinie gemäß der Note der Alliierten vom 23. September. Er ist gegen eine Volksabstimmung und gegen jede Aenderung des Vertrages von Neuilly.

Tages-Neuigkeiten.

In einem Lorenbette.

Nachfolgende Verse schrieb der Prager Dichter Hugo Salus im Gedanken an den Genossen Prof. Dr. Raubnik, dessen Todestag sich gestern zum erstenmal jährte.

Freund Robert, da liegt du nun und bist tot!
Sie haben den Kiefer dir hochgehunden,
Deine Seele habe beim Morgenrot
Den Weg ins Ewige heimgefunden.

Das ist ein Märchen, ich glaub' es nicht,
Will aber drum keinen Gläubigen heizen;
Doch ein seelenverlassenes Angeicht
Kann nicht so göttig wie deines lächeln!

Auch die Falte auf deiner Stirn
Ist so voll Tief Sinn, wie sie gewesen:
Ist Räseln Perz, die Falte ist Stern.
Frieden ließ sie von Schwermut genesen.

Hirn und Herz, sein Leben lang
Habt ihr als Seele gewirkt in dem Braven,
Perz, nun sieht dein Pendelgang,
Hirn, du bist endlich eingeschlafen.

Seele, du hast dich Götter dir gebaut,
Hast es durch Licht und Dunkel geleitet,
Nun liegt du, Seele, als Frieden traut
Und als Wille darüber gebreitet.

Zehnabohn in der Deutschen Nationalpartei. Wie bekannt, hat vor einigen Wochen auf Drängen und Befehl Bodmans hin der deutschnationalen Bürgermeister von Teplitz, Dr. Walther, seine Demission geben müssen. Dr. Walther wurde zu diesem Schritte gezwungen, weil er den Kampfgemeinschaften zu wenig radikal war und daß er ging, wurde so motiviert, daß dies das Parteinteresse erfordere, dem sich doch jeder Parteigenosse beugen müsse. Inzwischen ist längst in alle Kreise der Öffentlichkeit durchgedrungen, daß es ob dieser erzwungenen Demission in der Deutschen Nationalpartei ein wenig drunter und drüber geht. Daß aber in dieser Partei nun ein beispielloses Zehnabohn herrscht, darüber gibt folgende Meldung des „Teplitz-Schönerer Anzeigers“ hinreichenden Aufschluß:

(Deutsche Nationalpartei.) Freitag, den 24. November findet um 8 Uhr abends im Lindenhofsaal eine große Parteiversammlung statt, die sich lediglich auf Mitglieder der Deutschen Nationalpartei, Ortsgruppe Teplitz-Schönerer beschränkt wird. Auf der Tagesordnung steht als einziger Programmpunkt: Stellungnahme zur Resignation des Bürgermeisters Dr. Walther. Die Parteileitung beruft diese Parteiversammlung zu dem Zwecke ein, allen Parteigenossen Gelegenheit zu geben, zur Resignation des Herrn Bürgermeisters Stellung zu nehmen, um diesen, dem allgemeinen Wunsche der Bevölkerung entsprechend, zur Zurücknahme seiner Resignation zu bewegen. Da diese Versammlung von ausschlaggebender Bedeutung ist, hat jeder Parteigenosse die Pflicht, bestimmt und pünktlich zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Erst also hat Dr. Bodman in höchst eigener Person „aus Parteiinteresse“ den Rücktritt Walthers erzwungen und nun beruft die Teplitzer Parteileitung eine Parteiversammlung ein, die den Davongegangenen zur „Zurücknahme“ seiner Resignation „bewegen“ soll. Die Teplitzer Parteileitung rebelliert ansehend gegen Bodman, also gegen die Gesamtparteileitung. Und dabei wollen die Teplitzer Parteigenossen des Herrn Bodman ganz unter sich bleiben, denn nur Mitglieder der Teplitzer Ortsgruppe haben ja nach dieser Ankündigung zu dieser Versammlung Zutritt. „Ausschlaggebend“ wird also nicht Bodman, sondern der Beschluß dieser Parteiversammlung sein. „Vollstrebend“ in Teplitz! So also etabliert sich die „Kampfgemeinschaft!“ Sie betätigt sich im „Kampf“ der Herren untereinander.

„Krüchte kommunistischer Erziehung.“ Unter diesem Titel bringt unser Sternberger Parteiblatt folgende Nachricht aus Oberberg, mit dem Datum vom 18. November: „Heute nachmittags fand hier die Generalversammlung der Spar- und Konsumgenossenschaft „Drahtwerk“ statt, in welcher dank der Solidarität unserer Genossen alle unläuteren Elemente aus der Geschäftsführung und der Kontrolle entfernt wurden. Es ist dabei zu hügigen Auseinandersetzungen gekommen, die zu einem bedauerlichen Ueberfall führten, dem ein Genosse zum Opfer fiel. Genosse Hutschil, ein um das Genossenschaftswesen verdienter Mann, wurde, als er seine Wohnung betrat, von dem Komunisten Schinzel, einem berüchtigten Raufbold, meuchlings überfallen und niedergeschlagen. Genosse Hutschil wurde blutüberströmt zum Arzt gebracht, wo er nach der ersten Hilfeleistung in häusliche Pflege transportiert wurde. — Es handelt sich hier wahrscheinlich um den Genosse Karl Hutschil (nicht: Hutschil). Genosse Hutschil war ehemals Kassier des genannten Konsumvereines und ist jetzt dort Mitglied des Aufsichtsrates. — Wir werden über den bedauerlichen Vorfall noch berichten.

Ein Waffensund bei Jägerndorf. Ein Arbeiter fand vergangene Woche Freitag in der Mittagsstunde in der Scheune am Gemeindeberge bei Bleischwitz in Ströh und Feu verpackt eine Anzahl Gewehre und zwei Maschinengewehre, sowie zwei Männer, die durch Einbruch in die Scheune gelangten. Nach Verständigung des Jägerndorfer Militärkommandos wur-

den die Waffen abgeholt. Mehrere verdächtige Personen sollen bereits verhaftet sein.

Der Sprachgebrauch des Postfachamtes. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungsorgane hat an das Prager Postfachamt ein Schreiben gerichtet, das folgendes besagt: Mit Schreiben vom 6. November wurde dem allgemeinen öffentlichen Krankenhaus in Teplitz a. d. G. mitgeteilt, daß die Korrespondenz mit dieser Anstalt künftig in böhmischer Sprache erfolgen wird, da die Anstalt ein öffentliches Institut ist. Demgegenüber weist der Verband der deutschen Selbstverwaltungsorgane, dem der Vertretungsbezirk Teplitz als Mitglied angehört, darauf hin, daß diese Sprachpraxis im Sprachengesetz nicht begründet ist, da die genaue Ausführung dieses Gesetzes durch eine Verordnung der staatlichen Vollzugsorgane zu erfolgen hat, welcher durch die Praxis nicht vorgegriffen werden darf. Auch der Landesverwaltungsamtssitz in Prag verkehrt mit den deutschen Vertretungsbezirken und Krankenanstalten doppeldeutsch. Auch das Postfachamt sollte als eine dem Verkehr dienende Anstalt diesen dem Bedürfnis gerechtfertigten Sprachgebrauch üben.

Eine neue Standaalaffäre aus dem Ministerium für nationale Verteidigung. Die Stadt Taus wurde im Mai dieses Jahres — wie der „28. Nien“ schreibt — vom Ministerium für nationale Verteidigung aufgefordert, in die Stadt ein Ergänzungsbereichskommando auszunehmen. Gleichzeitig wurde von der Gemeinde verlangt, entsprechende Kanalaräumlichkeiten und Offizierswohnstätten beizustellen. Die Stadt hat mit großem Aufwand ein neues Stadtwerk auf das städtische Armenhaus aufgestellt, um die entsprechenden Kanalaräumlichkeiten zu gewinnen, und ein Haus für die Quartierung der Offiziere gekauft. Zugleich wurde mit dem Bau eines neuen Armenhauses begonnen und ein technisches Lagerhaus eingegriffen. Das Amtsblatt des Nationalverteidigungsministeriums hat auch bereits die Errichtung des Ergänzungsbereichskommandos in Taus publiziert. Kurz vor dem 1. November kam nun eine Deputation der Stadt Taus zum Minister Udrzal, um sich bei ihm zu bedanken. Die groß war aber ihr Ersuchen, als sie ersuchten, daß Udrzal als Sitz des neuen Kommandos nicht Taus, sondern Klattau bestimmt hätte, weil sich für Klattau einflußreiche Leute ausgesprochen hätten. Die Stadtvertretung von Taus will nun vom Staat für den erlittenen Schaden, der ungefähr eine Million Kronen beträgt, einen Erfolg haben. — So wird also mit öffentlichen Geldern gewirtschaftet!

Die Teuerungskrawalle in Dresden. Unser Chemnitzer Bruderblatt, die „Volkstimme“, schreibt über die Dresdner Krawalle vom Samstag: „Die Tumulte am Samstag in Dresden sind durch Verbreitung allerhand Gerüchte vorbereitet worden, Gerüchte, die die ganze Woche die Stadt durchschwärmten. In Kneipen, Geschäftslökalen, auf der Straße usw. wurde getuschelt und gewiselt, daß es bald etwas geben werde, und schließlich kam es am Donnerstag zu einer Versammlung, die von „Linksradikalen“ einberufen worden war. Dort haben Leute gesprochen, von denen man nicht genau weiß, ob sie irgend einer politischen Richtung angehören. Die wüsten Beschimpfungen sind natürlich in der Versammlung ausgesprochen worden. Andeutungen, die leicht zu greifen sind, wurden gemacht. Und da die führenden Herrschaften solch nutzloser und schädlicher Demonstrationen nie von Mut befeelt sind, ließen sie schon während ihrer Reden erkennen, daß sie nur die Verantwortung für die ersten zehn Reihen des Demonstrationssuges übernehmen könnten. Was die Masse „hinten tue“, das ginge sie nichts an. Schließlich kam es dann zu der Versammlung am Samstag auf dem Bischofsplatz, mitten im „geschlossenen Dresden“. Der Versammlung am Bischofsplatz folgte die Demonstration, an der sehr viele Leute beteiligt waren, denen es nicht um die Rot zu tun ist. Und Leute, die wirklich Hunger und Not auf die Straße getrieben hatten, werden sicher erschrocken sein, daß sie wieder einmal von unverantwortlichen, gewissenlosen Leuten mißbraucht worden waren. Der berüchtigte „Parbier“ Frenzel bedauerte in der Versammlung, daß die Demonstration so schwach sei, sodaß es nicht dazu ausreichte, den Regierenden die Quittung zu erteilen“. Natürlich wurde auch reichlich geschimpft. In Cafes, Konditoreien, in Schneidergeschäften und Konfektionshäusern, kurz, in allerhand Läden erschienen Trupps von 50 bis 60 Personen, die mit Konfetti, Gummikugeln und seidenen Blusen die Not stürzten wollten. Der Krawall dauerte bis in die späten Abendstunden. Von der Polizei sind 39 Personen wegen Wüderungen und Aufruhr festgenommen worden. Ein großer Teil der Verhafteten hat wieder mit den Erwerblosen noch mit den Kriegsbeschädigten, die sich gewisse Leute immer als Opfer für ihre dunklen Wadenschäften auszusuchen, etwas zu tun. Bei einigen Verhafteten wurden teilweise Geldbeträge bis zu 20.000 Mk. gefunden. — Solche Krawalle sind ein Warnungszeichen. Es wird nichts damit erreicht, sie sind sinnlos und verursachen großen Schaden.

Die verbostenen Nationalsozialisten als „Großdeutsche Arbeiterpartei.“ Am Sonntag meldeten wir, daß der preussische Innenminister die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ für Preußen verboten hat. Nun wird heute die Bildung einer „Großdeutschen Arbeiterpartei“ in Berlin gemeldet. Die deutschen Faschisten wittern Morgenluft. Sie hoffen jedenfalls unter der neuen Regierung, die sich bald auf die Rechte stützen muß, ihre Pläne anders vorbereiten zu können. Zum Vorsitzenden der Partei wurde Hoch, Potsdam, gewählt. Wie aus der Satzung hervorgeht, will die Partei, deren Sitz Berlin ist, eine volkliche Partei sein. Mitglieder kann jeder „stillsch einwandfreie Deutschstämmige“ werden.

Die freie Gemeinde. Am 16. November ist das Heft 22 der „Freien Gemeinde“, Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik, erschienen. Es enthält einen längeren Aufsatz des Redakteurs der „Kommunalen Praxis“ Genossen Viktor Rod (Berlin) über Situation und Aufgaben in der Kommunalpolitik der Vereinigten Sozialdemokratie Deutschland. Seine Ausführungen über die Mängel der inneren Organisation der in der Kommunalpolitik tätigen Genossen, sowie seine Vorschläge betreffend die Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter sind auch für uns äußerst lehrreich. Genosse W. Falsch (Kometan) unterzieht in seinem Artikel „Der Wald den Gemein den!“ die Vorgangsweise der Regierung und des Staatlichen Bodenamtes bei der sogenannten Bodenreform und der Bodenverteilung einer sachlichen Kritik. Nicht Waldverstaatlichung, sondern Ueberführung des enteigneten Großgrundbesitzes in den Besitz der Gemeinden und Bewirtschaftung desselben durch Zweckverbände, ist der Tenor seiner klaren Ausführungen. Ueber „Die neueste Teuerungskrawalle und die Gemeinden in Deutschland“ schreibt der unseren Lesern schon bekannte Genosse J. Freund (Weimar). Der Verfasser schildert die unheimliche Wirkung des letzten gewaltigen Marktluges auf das Leben der Gemeinden. Die Anbrut „Rundschau“ bringt eine Reihe Notizen und Berichte über die praktische Arbeit in unseren Gemeinden sowie für unsere Kommunalpolitiker wertvolle Mitteilungen. Die „Freie Gemeinde“ ist eine unentbehrliche Zeitschrift für jeden tätigen Gemeindefunktionär. Bezugspreis nur 4.50 K vierteljährlich; zu beziehen durch die Verwaltung Prag II, Havlíčkovo nám. 32/II.

Dem Zuge überfahren. Auf dem Bahnhof in Pulep wurde in Rumburg angestellte Bahnbeamte Karl Kemlein beim Aussteigen von einem Zuge überfahren und getötet.

Telegramme.

Die Türkei und die „Einheitsfront“ der Alliierten.

Paris, 21. November. Ismet Pascha hat einem Vertreter der Agence Havas in Lausanne folgende Erklärung abgegeben: Wir meinen den in der Presse erschienenen Nachrichten über die Dispositionen der Alliierten und gegenüber keinerlei Glaubwürdigkeit bei, namentlich auch nicht den Nachrichten über das sogenannte Memorandum Lord Curzons, solange wir keinen authentischen Text vor Augen haben. Wir können nicht glauben, daß die Türkei über ihren Kopf hinweg abgeschlossenen Uebereinkommen gegenübergestellt werden soll. Wir sind nicht zur Konferenz von Lausanne gekommen, um hier abgeurteilt zu werden, sondern um an der Aufstellung des Friedensvertrages mitzuarbeiten. Es ist geschrieben worden, unsere Ansprüche seien in den letzten Tagen getuschelt. Das ist nicht richtig. Wir halten unseren nationalen Pakt fest, nicht mehr und nicht weniger. Allerdings aber mit der Ausnahme, daß unser Pakt seitlich vor dem letzten Schrecken des Krieges liegt und daß wir deshalb die gerechte Wiederherstellung der Schäden verlangen, die unserer Bevölkerung und unserem Eigentum zugefügt worden sind. Wir werden infolgedessen von Griechenland die Zahlung einer Kriegsentschädigung verlangen.

Gerichtssaal.

Der Prozeß gegen die 21 Bahndiebe beendet.

Prag, 22. November. Die gestern vor einem Straßengericht unter Vorsitz des LGA. Svobdil beim Prager Landesgericht begonnene Verhandlung gegen 21 Bahndiebe wurde, da sich die Beweisführung rasch abwickelte, schon heute zu Ende geführt, obwohl sie auf drei Tage anberaumt war. Die Angeklagten, unter denen sich die ganze Familie Svobdila aus Kolovic befand, waren, soweit Beweise gegen sie vorlagen, geständig und erklärten, daß Arbeitslosigkeit und Not sie zu diesem Vorgehen gezwungen habe. Nicht Angeklagte wurden schuldig gesprochen und verurteilt: Johann Svobdila zu drei Monaten, Johann Samtal zu sechs Monaten, Wenzel Micka zu sechs Monaten, Alois Lapoušek zu sechs Monaten, Karl Sabel zu zwei Monaten, Josef Svobdila zu drei Monaten, Antonie Micka zu zwei Monaten und Theresie Franc zu einem Monat Kerker. Die übrigen 13 Angeklagten wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. — Die Angeklagten, die bei der Verhandlung fast alle auf der Zeugenbank Platz nehmen mußten, da die Angeklagtenbank höchstens für vier Personen reicht, wirkten durch ihre Menge auch auf Personen, die an Massenanklagen schon gewöhnt sind, direkt beängstigend. Abgearbeitete, hagere Menschen, denen der Hunger und das Elend in den Augen glänzte, blickten da vor dem Richter und wußten auf die Frage nach der Veranlassung, die sie zur Tat getrieben, fast immer nur zu antworten: „Wir haben Hunger gehabt!“ oder „Zeit Wochen sind wir ohne Verdienst und Geld gewesen.“ Ein furchtbares, beängstigendes Symptom der jetzigen Zeit, diese große Gesellschaft von Hungernden, die zur Diebstahlsaktion geworden ist. In der Peripherie der Hauptstadt hat sich die Wunde entwideln können und sogar entwideln müssen, da durch das ungeheure Heer der Arbeitslosen, das besonders in den Vororten von Prag durch die ununterbrochenen Betriebseinstellungen sich andauernd vermehrt, jede Aussicht auf Erlangung von Verdienstmöglichkeit für den Einzelnen bereits vollkommen ausgeschlossen ist. In den Vororten befinden sich meistens die Lastenbahnhöfe der Großstadt, auf denen Waggonsladungen mit großen Werten tagaus, tagein verfrachtet werden. Und die Menschen, die arbeitslos um die Bahnhöfe herumlungern müssen, erliegen, auch wenn sie noch so ehrlich sind, allmählich der Versuchung, einen Wagon anzubrechen und sich des Inhaltes zu bemächtigen. Denn dahin schreien die Kinder nach Brot und es wühlet vielleicht die Tuberkulose unter den Mitglieðern der Familie... In Deutschland häufen sich die Verzweiflungsfälle der Bevölkerung, in unserem, mit guter Volunta begnadeten Staate mehren sich die Verbrechen der Arbeitslosen. Und die Gesellschaftsordnung der Bourgeoisie sagt, daß sei der Gesundungsprozeß der kranken Wirtschaft!

„Betrügereien an der Tagesordnung...“

Prag, 22. November. Wenn man heute die Verhandlungsfälle im Prager Landesgericht besucht und beim Staatsanwalt sich den Verhandlungsplan des Tages durchsieht, oder sich beim Saalbediener erkundigt, was verhandelt würde, so bekommt man fast durchwegs nur die eine Antwort: „Betrügereien an der Tagesordnung...“ Tag für Tag dieselben Fälle, immer wieder Betrug, Unterschleif und Veruntreuung. Einmal ist es ein Beamter, dann wieder ein Geschäftstreiber oder ein Bureauclerk, manchmal auch ein Dienstmädchen oder eine Bedienerin. Den Vorliegenden des Straßengerichtes wiederholt sich in den einzelnen Fällen mit seinen Verhörfragen, es ist, als ob er unter der Fülle der sich wesensgleichen Delikte die Schärfe und Gewandtheit seines Verhörsystems eingebüßt hätte. Auch die Staatsanwälte und Verteidiger sind in solchen Fällen bereits sehr abgestumpft. Und die Angeklagten? Ein gewisses Gleichgültigkeitsgefühl spricht aus ihren Augen. In 90 Prozent von 100 Fällen war Not und Elend der Beweggrund ihrer Tat; jetzt, da sie vor dem Richter sich verantworten müssen, ist ihre — bei bisher Unbestraften selbstverständliche — Verzweiflung einer gleichgültigen, dumpfen Ergebung in ihr Schicksal gewichen. Manche auch, und diese Fälle mehren sich in bedrohlicher Weise, sind sogar froh, für die nächste Zeit wenigstens hinter den dämpferen Kerkermauern Schutz und Ruhe vor dem elenden Leben da draußen gefunden zu haben. Einlösig wickeln sich die Verhandlungen ab, denn — „Betrügereien stehen an der Tagesordnung“. Wird es einmal im Saale lebendiger, ist unter den Zuhörern eine Unruhe zu bemerken, so wird sicher ein „großer Fall“ verhandelt. Es hat dann einer nicht Tausende, sondern Hunderttausende umerschlagen oder veruntreut. Aus der Unmenge der Verhandlung hebt sich ein solcher Fall als „Sensation“ hervor, das Gedränge im Saale wird beängstigend. Nicht Entrüstung oder Abscheu zieht die Leute her, nur die Sensationsgier, die eine Aufpreisung ihrer Nerven sucht. Dann sagt der Saalbediener: „Eine Sensation aus der Tagesordnung! Keuher! interessanter Fall!“ Die Zuhörer aber bedenken dabei nicht, daß die Zahl der Häftlinge in den Strafanstalten auch eine sensationelle, allerdings sehr traurige Höhe erreicht hat.

Aus der großen Fülle der heutigen Verhandlungen wegen Betrügereien und Unterschleif ist nur der Fall des Handelsangestellten Karl Roman Rhyzl erwähnenswert, da der junge, 25jährige Mann auch mit dem vor Kurzem verurteilten Dr. Koringer in Geschäftsverbindung gestanden ist. Rhyzl hat unter anderem in Pilsen zwei ärarische Decken entwendet; weiter hat er einen gewissen S a a l und den Selcher Heinrich Svobdila, sowie andere mit Beschwarenen handelnde Firmen um insgesamt 5000 K betrogen. Rhyzl schloß dann im Mai des Vorjahres mit Wenzel Cervena einen Geschäftsvertrag, wobei Cervena 10.000 K einzahlen sollte. Cervena gab auch das Geld her, bekam als Sicherstellung jedoch nur ein gefälschtes Bankbüchel. — Der Gerichtshof verurteilte ihn zu acht Monaten Kerker.

Werbet und abonneret!

Ausschnelden und einsonden!

Abonnements-Bestellschein.

Abonniere ab _____ 192 _____
monatlich 16 Kc — vierteljährlich 48 Kc
— halbjährlich 96 Kc — ganzjährlich
192 Kc — (nicht Zutreffendes durchstreichen) das in Prag täglich erscheinende Zentral-Organ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32.

Vor- und Zuname _____
Beruf _____
Ort, Bezirk _____
Straße und Nr. _____

Deutsch schreiben!

Kleine Chronik.

Ein Riesenbrand in Australien.

London, 22. November. „Daily Mail“ meldet aus Sydney, daß im Süden von New-Wales ein großer Brand wüthet, welcher bereits 7000 Joch Wälder und 20.000 Joch Weideland vernichtet hat. Der Brand dehnt sich in einer Länge von 25 Meilen aus.

Drei Zentner Silber gestohlen. Aus dem Silberbergewölbe des Schlosses in Sonderhausen sind ungefähr drei Zentner Silber im Werte von 15 Millionen Mark gestohlen worden. Auf die Ermittlung der Täter sind 250.000 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Bei der Prüfung der Inventarbestände hat sich herausgestellt, daß die Diebstähle in die Zeit von Anfang Oktober bis Mitte November fallen. Nach den bisherigen Feststellungen fehlen 100 echte silberne Teller, gezeichnet G. mit Krone, und 24 silberne Schüsseln mit gleicher Bezeichnung.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die deutsche Sozialdemokratie zur wirtschaftlichen Lage. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat zur Frage der Produktionsförderung und des Achtstundentages nach eingehender Beratung und in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften folgenden Beschluß gefaßt: „Ohne eine aktive Währungs politik, die der weiteren Geldentwertung und Teuerung Einhalt gebietet, ist der gegenwärtigen Nothlage des deutschen Volkes nicht zu steuern. Die Stabilisierung der Mark ist die dringlichste und erste Aufgabe einer Politik, deren Ziel die Beseitigung dieser Nothlage ist. Der Versuch, durch Verlängerung der Arbeitszeit unter Zurückstellung der Stabilisierung der Mark eine Produktionssteigerung herbeizuführen, muß abgelehnt werden. Jede Produktionssteigerung ist bei fortbestehender Währungsverfallung geboten. Denn solange der Verdienst der Arbeiter durch den Währungsverfall von Woche zu Woche geschmälert wird, bleibt bei der Arbeiterklasse ein fortwährendes Gefühl stärkster Demoralisierung, so daß sie nicht zu der sonst möglichen Steigerung der Intensität ihrer Arbeit gelangen kann. Unter grundsätzlicher Betonung dieses Standpunktes hält die D. S. P. D. nach wie vor an dem alten sozialistischen Grundsatze fest, daß die Arbeiterklasse alles Interesse an einer wirksamen rationellen Ausgestaltung und Vermehrung der Produktion hat. Die bisher vorgenommenen Untersuchungen über die Steigerung der Arbeitsleistung haben erwiesen, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse in einem Teil der Industrie die Arbeitsleistung der Vorkriegszeit wieder erreicht, in einem anderen Teil bereits erheblich überschritten ist. Sie haben aber auch wieder ergeben, daß in jenen Betrieben, in denen der frühere Wirkungsgrad noch nicht wieder erreicht ist, Mängel technischer Art die Hauptursache waren. Während die deutschen Unternehmen in der Vorkriegszeit zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt genötigt waren, einen wesentlichen Teil der ertelten Produktionsgewinne zur freien technischen Verbesserung ihrer Produktionsmittel und organisatorischen Ausgestaltung ihrer Betriebe abzuwenden, entbehrt die fortgeschrittene Geldentwertung durch Ausgestaltung der Konkurrenz und durch monopolistische Preisgestaltung die Produzenten heute von dem Zwange, in gleichem Maße wie früher ihre Aufmerksamkeit und ihre Mittel dem technischen Ausbau der Betriebe zuzuwenden. Dazu kommt die erhebliche Verschlechterung des Verhältnisses der produktiven zu den unproduktiven Leistungen der Volkswirtschaft, insbesondere durch übermäßige Ausdehnung des Zwischenhandels, der Spekulation und übermäßige Verwaltungsarbeiten und -kosten. Mit aller Entschiedenheit lehnt die D. S. P. D. jede Verlängerung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit ab. Gesetzliche Ausnahmen können nur in den Fällen höherer Gewalt zugelassen werden. Sonst kann die Leistung von Ueberstunden nur von Fall zu Fall, zeitlich begrenzt, und nur durch kollektive Vereinbarung mit den zuständigen Gewerkschaften erfolgen. Da Produktionsprogreß und Staatsverwaltung innere Zusammenhänge aufweisen, kann auch für die Steigerung der Arbeitsintensität in den Staatsbetrieben nur die grundsätzliche Anwendung vorliegender Richtlinien in Frage kommen. Eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft erfordert die Anerkennung des Grundgesetzes, daß die Gesamtinteressen den Einzelinteressen voranzugehen haben, und daß die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Faktoren der Wirtschaft anerkannt werden.“ Mit diesem Beschluß hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Stellung zum Achtstundentag nicht nur absolut deutlich, sondern auch sehr glücklich formuliert.

Abschluß der ungarisch-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen. Wie „Az Ujsag“ von informierter Seite erzählt, haben die ungarisch-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen zu einem vollkommenen Erfolge geführt. Der ungarisch-schlesische Handelsvertrag wird Donnerstag unterzeichnet und den Regierungen zur Genehmigung vorgelegt werden. Ueber den Inhalt des Handelsvertrages sei bisher nichts bekannt gegeben worden.

Krankentafelbeiträge der Land- und Forstarbeiter. Die Agrarier arbeiten in allen Gebieten mit Eifer an der Errichtung eigener landwirtschaftlicher Krankentafeln. Bei ihrer Agitation wollen sie die Errichtung damit rechtfertigen, daß sie erklären, daß die Industriearbeiter die Krankentafel mehr in Anspruch nehmen und die Landarbeiter eigentlich darauf schielen, weswegen bei einer landwirtschaftlichen Krankentafel niedrigere

Beiträge zu zahlen wären. Daß diese Angaben nicht stichhaltig sind, zeigt uns folgender Fall. Bei der kleinen Bezirkskrankentafel in Reubitz wurden vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1922 an Beiträgen für die Land- und Forstwirtschaft, und zwar für die Domäne Altstadt 21.888 Kronen beigetragen und 12.477 Kronen für Krankengeld, Stillprämien und sonstige Barausgaben an die Mitglieder ausgezahlt. Für die Industriearbeiter der größeren Betriebe wurden 151.630 Kronen an Beiträgen beigetragen und 55.387 Kronen an Krankengeld usw. an die Mitglieder ausgezahlt. Demnach haben die Industriearbeiter von ihren geleisteten Beiträgen 36,5 Prozent, die Land- und Forstarbeiter jedoch 57 Prozent an Barleistungen von der Kassa erhalten. Daraus ist zu ersehen, daß die Angaben der Agrarier grundfalsch sind, in diesem Falle haben die Land- und Forstarbeiter sogar bedeutend mehr Ansprüche an die Kasse wie die Industriearbeiter gestellt.

Die deutschen Sozialdemokraten für die Forderungen der Beamten der Tabakregie. Die Abgeordneten Grünzner, Blainh, Häusler und Genossen haben an den Finanzminister folgende Anfrage gestellt, die sie in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses überreichten: Die in die Gruppen E (Fabrikbeamte) und D (Verschleißbeamte) eingereihten Beamten der Tabakregie petitionieren seit Jahren um ihre Umreihung in die Gruppen B und C der Staatsbeamten, da ihre derzeitige Einreihung weder ihrer Dienstleistung noch ihrer Qualifikation entspricht. Der Dienst der Beamten der Tabakregie ist ein verhältnismäßig schwerer und verantwortungsvoller, da sie ein Gewinnunternehmen des Staates leiten. Er erfordert vielseitige und fachtechnische Kenntnisse. Trotz festgesetzter 48stündiger wöchentliches Arbeitszeit, sind die Beamten der Tabakregie oft genötigt, Ueberstunden zu machen, die sie weder im Fabrikbetriebe noch in der Kasse honoriert bekommen. Die Forderung der Beamten der Tabakregie nach Umreihung aus den Gruppen E und D in die Gruppen B und C war im Vorjahre bereits öfters Gegenstand der Beratung im Staatsangestelltenausschusse und hat dieser das Verlangen der Beamten der Tabakregie auch als berechtigt anerkannt. Trotzdem ist ihre Umreihung bis zum heutigen Tage nicht durchgeführt worden. Um die durch die bisher nicht erfolgte Umreihung erlittenen Nachteile einigermaßen entschädigt zu erhalten, haben die Beamten der Tabakregie im Monate Juni an das Finanzministerium das Ersuchen gerichtet, ihnen eine Remuneration in nachstehenden Ausmaßen zu gewähren, und zwar: Für ledige Beamte 1000 K, für verheiratete Beamte ohne Kinder 1500 K, für verheiratete Beamte mit 1 bis 2 Kindern 2000 K, für verheiratete Beamte mit 3 bis 4 Kindern 2500 K, für verheiratete Beamte mit 5 und mehr Kindern 3000 K, was einen Gesamtbetrag von 500.000 K erfordern würde. Auch auf die leihgenannte Forderung ist das Finanzministerium bis heute die Antwort schuldig geblieben. Die Interpellanten stellen deshalb an den Herrn Finanzminister folgende Anfragen: Sind dem Herrn Finanzminister die vorstehend geschilderten Forderungen der Beamten der Tabakregie bekannt? Wenn ja, was gedenkt der Herr Minister zu veranlassen, damit den Forderungen der Beamten der Tabakregie ehestens entsprochen werde?

Lohnabbau in der Wiener Metallindustrie. Die Fachgruppe der Wiener Metallwarenerzeuger hat mit dem österreichischen Metallarbeiterverbande eine Vereinbarung getroffen, wonach der eintretende Lohnabbau bei den Professionisten durchschnittlich 12 Prozent und bei den Hilfsarbeitern 11 Prozent betragen soll.

Revi'enturse.

Die tschechische Krone notiert in:
Paris Edw. Reant 616.00
Berlin Marz 195.50
Wien Herr. Ar. 2280.00

Bärischer Zehlfuhrer.

Berlin	008.25	Paris	2870.00
Wien	000725	Mailand	2440.00
Prag	16.90	London	022.00
Wien	210.75	Belgrad	092.10
Rem. Paris	735.50	Warschau	003.00
London	247.50	Wien act.	000.75

Halli! Hallo!

D'Oberbayern san do!

Zum erstenmal in Prag!

Original oberbayrische Sänger und Schuhplattler aus Miesbach.

Die anerkannt Besten ihres Faches. Ab heute allabendlich im Kreuz-Keller. 1906 Der Kreuzwirt NOVY, Nekázanka 7.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Feplitz-Schönau,

Tischlergasse 4, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Literatur.

In den bekannten sozialwissenschaftlich-pädagogischen Verlag Gesellschaft und Erziehung, in dem Werke von Bernstein, Rosa Luxemburg, Monstl, Wissel, Umbreit, Ostreich, Bernard Shaw etc. erschienen sind, ist als Mitinhaber und Geschäftsführer Felix Stöckinger eingetreten. Der Verlag wird fortan Werke aus allen Kulturgebieten bringen, die progressiven Geistes sind. Er firmiert ab 1. Oktober: Verlag der Neuen Gesellschaft G. m. b. H., Berlin-Friedrichshagen. Zunächst erscheinen: E. J. Gumbel: Vier Jahre politischer Kerk; hierauf Tolstoi, eine Auswahl für die reifere Jugend.

Kunst und Wissen.

„Die Entführung aus dem Serail“, komische Oper von W. A. Mozart. (Neues Deutsches Theater, 21. November 1922.) Mozarts Jugendoper „Die Entführung aus dem Serail“ ist die eine der beiden deutschen Opern, die der große Tonkünstler geschrieben hat, der erste große Baustein zum deutschen Singspiel, wenn sie auch stilistisch noch vielfach die Eigenart der damals herrschenden italienischen Opern trägt. Daß sie im Jahre 1782 eine der jugendlichsten Kompositionen Wiens war, erscheint uns heute kaum glaubhaft. Erst recht nicht, wenn wir in der kritischen Nachbetrachtung diesem Werke Mozarts andere Meisteroperen vergleichend gegenüberstellen. Aber eines zeichnet dieses Jugendwerk vor den späteren Opernschöpfungen des Meisters aus: Seine skrupellose sonniige Feinheit und jugendfrische musikalische Konzeption. Karl Maria von Webers Meinung über diese Oper hat auch heute noch Geltung: „Meinem persönlichen Künstlergeföhle ist diese heitere, in vollster üppiger Jugend lobende, jungfräulich zart empfindende Schöpfung besonders lieb. Ich glaube in ihr das zu erblicken, was jedem Menschen seine frohen Jünglingsjahre sind, deren Blütezeit er nie wieder so erringen kann und wo beim Vertilgen der Mängel auch unwillkürlich Reize fliehen. Ja, ich getraue mir, den Glauben auszusprechen, daß in der „Entführung“ Mozarts Künstlerföhrung ihre Reife erlangt hatte und dann nur die Weiterföhrung weiter schuf. Opern wie „Figaro“ und „Don Juan“ war die Welt berechtigt, mehrere von ihm zu erwarten; eine „Entführung“ konnte er mit dem besten Willen nicht wieder schreiben.“ Unsere Prager deutsche Opernbühne durfte sich rühmen, im vorigen Spieljahre geradezu ein Musterensemble für den Mozartischen Opernstil zu besitzen, dessen Heranbildung das Verdienst Alexander Zemlinsky's war. Der unzeitliche Personalwechsel an unserem Opernhaus als Durchgangsbühne ist schuld daran, daß wir von diesem Musterensemble nur mehr einzelne Bestandteile besitzen. Die Verlorengegangenen zu ersetzen, müht man sich bereits seit Monaten. Auch die diensttägliche Aufföhrung der „Entführung“ galt der Wiedergewinnung entsprechender Erfolge. Fr. Schöniking vom Rärnberger Theater sang die Konstanze. Sie ist eine Koloraturföhrerin des guten Durchschnittstypus. Die Stimme öhne besonderen Schmuck, eher scharf und in der Höhe dünn; die Gesangstechnik hinreichend, wenn auch nicht blendend, der Stimmansatz verdächtig vorläufig in den hohen Kopftönen. Immerhin die verhältnismäßig beste unter den bisherigen Debutantinnen für das Koloraturfach. Ungleich besser war der Eindruck der Kuffiger Gostin, Fr. Olga Barcos, als Blondchen. Diese Söngerin ist stimmlich, darstellerisch und stilistisch die prädestinierte Opernföhrerin. Und wenn man bedenkt, daß sie tagvorher die dra-

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Die Teilnehmer am Genossenschaftstag besuchen das 1207
Café Elektra
beim Museum. Prag beim Museum.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.

Größte Buchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 200.000 Zeitungen. Jernspacher Nr. 271. Postfach Nr. 127. 602

matisch und gesanglich anspruchsvolle Rolle der Puccinischen „Madame Butterfly“ mit achtunggebietendem Erfolge sang, muß man ihr Engagement schon der außerordentlichen Vielseitigkeit und Verwendbarkeit wegen beiföhrworten. Als dritter Gast in der Mozartoper sang Herr Kubla den Belmonte; seiner schönen und klangreichen Stimme kann man sich immer erfreuen, weniger der Unsicherheit seines Spiels, das zumiel am Taktstode des Dirigenten leidet. Auch in der moniägigen „Butterfly“-Aufföhrung hören wir noch einen auf Anstellung gastierenden Sönger, den tschechischen Tenor Marion aus Vera als Pinkerton. Aber Herr Marion ist nicht der Tenor, den wir brauchen, abgesehen von der Unergiebigkeit seines Organs und dem ihm stark anhaftenden Provinzialismus. Denn in der Art Marions besitzen wir bereits Herrn Kubla; Herr Marion aber ist weder der uns so nötige Heldentenor, noch der nicht minder notwendige hohe lyrische Tenor. —ok.

Arbeitervorstellung „Das vierte Gebot“, Gastspiel Rudolf Dyrrol. Sonntag, den 26., halb 3 Uhr nachmittags im Neuen Theater. Kartenverkauf bei Opern-Deutscher, Graben 25, Kleiner Saal.

Neues Theater. Heute, den 23.: „Das vierte Gebot“ (Gastspiel Dyrrol); Freitag, den 24.: „Der Barbier von Bagdad“; Samstag, den 25.: „Die Braut des Lucullus“; Sonntag, den 26.: nachmittags Arbeitervorstellung, Gastspiel Dyrrol, „Das vierte Gebot“, abends „Die Braut des Lucullus“.

Kleine Bühne. Samstag, den 25.: „Haben Sie nichts zu verzöhlen“; Sonntag, den 26.: „Wartbau“.

Bereinsnachrichten.

Louistenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II. 1. Vortrag M. C. Reisinger über den Bau und die Anatomie des menschlichen Körpers findet Donnerstag, den 23. d. M., halb 8 Uhr abends, in der Realschule Nikolberggasse (Nähe Ferdinandstraße) statt. Gäste willkommen. — Sonntag, den 26. November, Ganztagsausflug. Samstag: Nach Radoitz, Abf. 14.15 Wilsonbahnhof. Nachmittags: Arbeitervorstellung. 1209

Turnen und Sport.

Leichtathletik. Neue deutsche Rekorde. Der technische Ausschuss der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik befestigte folgende Höchstleistungen: 5000-Meter-Laufen: Bedarff-Frankfurt a. M. 15:25.3. 10.000 Meter: Bedarff 32:47.6. 15.000 Meter: Bedarff 46:47.5. 1 Stunde: Bedarff 17.979 Meter. Schwedenstaffel: E. Charlottenburg (Dänker, Zirpel, Krüger, Senfleben) 1:59.1. Stundenpaarlauf: Baumel-Brandt (Sachsen 09—Chemnitzer SK.) 20:27 Meter. Weithochsprung: Schröder (Jahn, Reutlingen) 1.61 Meter hoch, 3.22 Meter weit. Speerwerfen beidarmig: Rabede (Deutscher Sportklub) 96.77 Meter (55.1 rechts, 41.66 links). Damenschieß: Fr. Genod (Berliner Sportklub) 24.90 Meter. Auslandsrekord: 10.000 Meter: Bedarff 31:56.4 in Wien.

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK'S TEE PRAG
Herausgeber: Dr. Ludwig Cizek und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

King
der König der Winteröche!
Vollständigster Ersatz für den teureren Stadtpelz.
Der King hat einen so feinen Überzug wie 'er Stadtpelz, einen echten Fell-Schalk ogen und innen hohen schwarzen - der braunen Plüsch, welcher wärmer und dauerhafter als Fell ist, weil er keine Haare löst.
Den King erhalten sie für **K 1290.-**
ausschließlich im Konfektionshaus **Sigmund Stránský** Prag, Kyzemská.
Auch **Knaben-King** in gleicher Ausführung in jeder Größe von 3 Jahren an von K 640.- aufwärts.
Dem kaulenden Publikum zur gell Darnachachtung!
Da die Konkurrenz die von mir vor mehr als 20 Jahren eingeföhrte Bezeichnung KING in ihren Inseraten mißbraucht, indem sie unter dieser Bezeichnung billiger offeriert, so erkläre ich, daß der edite Original-King nur bei mir zu haben ist. — Alles andere unter diesem Namen Angebotene ist minderwertiger Nachahmung!